

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 15. Juli 1930

Eine Vorentscheidung.

Inf. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Warum Stimmenthaltung der Sozialdemokraten?

SPD. In der ernstesten Situation, die in der Dienstagsitzung des Reichstags durch die Rede des Reichskanzlers und die darauf gegebene sozialdemokratische Antwort hervorgerufen war, ist nach kurzen Erklärungen der bürgerlichen Parteien Artikel I der Deckungsvorlagen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie von den Regierungsparteien gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen worden.

Die Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Fraktion entspricht dem taktischen Vorgehen ihrer Vertreter im Steuerausschuss. Sie bedeutet nichts anderes als eine Vorentscheidung, die an der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den Deckungsplänen in ihrer Gesamtheit nicht das geringste ändert. Der Artikel I hat nur formalrechtliche Bedeutung. Wäre er abgelehnt worden, so wäre die ganze Vorlage sofort gefallen. Dann hätte es eine Möglichkeit, zu den materiellen Bestimmungen der Vorlage Stellung zu nehmen, nicht mehr gegeben. Die sozialdemokratische Fraktion wollte sich aber diese Möglichkeit offen halten. Sie will ihre Abänderungsvorschläge zu den materiellen Bestimmungen des Regierungsentwurfes vor aller Öffentlichkeit vertreten. Und das wird in der Mittwochsitzung des Reichstags eingehend geschehen.

Eine Festlegung in sachlicher Beziehung bedeutet die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion nicht. Es wäre also falsch, wenn etwa die Regierung oder die hinter ihr stehenden Parteien aus der Stimmenthaltung der Sozialdemokratie den Schluss ziehen wollten, dass sie auf die sichere Unterstützung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion rechnen können. Die sozialdemokratische Fraktion hat nie einen Zweifel darüber gelassen, dass sie die Sanierung der Reichsfinanzen für unbedingt geboten erachtet. In den Vordergrund ihrer Politik hat sie immer wieder die Notwendigkeit einer Sicherung der sozialen Institutionen und Leistungen gestellt. Halten die Regierungsparteien entgegen dieser Auffassung daran fest, dass gleichzeitig mit den Deckungsvorlagen grundlegende Verschlechterungen an der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung durchgeführt werden sollen, so wird die Sozialdemokratie in der schärfsten Abwehr beharren und jede Hilfe bei Verabschiedung der Deckungsvorlagen verweigern. Ausserdem ist ihre Zustimmung selbstverständlich nur zu erreichen, wenn auch noch an den einzelnen Deckungsvorschlägen wesentliche Veränderungen vorgenommen werden.

Ein entscheidender Grund für die Haltung der Sozialdemokratie bei der Abstimmung über Artikel I war schliesslich noch, dass der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von berufener Seite des Zentrums im letzten Augenblick Verhandlungen über die endgültige Gestaltung der Gesetzesvorlagen angeboten wurden. Diese Besprechungen haben am Dienstag abend begonnen. Werden sich die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zu zufriedenstellenden Zugeständnissen an die Sozialdemokratie bereit erklären? Werden sie den letzten Appell der grössten Fraktion des Reichstags richtig zu werten wissen? Die Aussichten, aus der Sack-

gasse heraus zu gelangen, in die sich Herr Brüning mit den hinter ihm stehenden Parteien hineinmanövriert hat, sind äusserst gering. Scheitern die letzten Verständigungsversuche mit der Sozialdemokratie, so liegt die Schuld bei der Regierung und bei jenen Hintermännern, die Herrn Brüning von allem Anfang an bewusst auf den Weg zum Verfassungsbruch geführt haben.

SPD. Kairo, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag wurde zum Protest gegen die Diktatur König Fuads in Alexandria ein zweistündiger Generalstreik durchgeführt. Als die Polizei die auf den Strassen demonstrierenden Volksmassen auseinanderreiben wollte, erwiderten diese mit einem Hagel von Steinwürfen. Die Polizei antwortete mit Gewehrfeuer. Selbst von den Dächern wurden die Demonstranten beschossen. Viele Tote bedeckten die Strassen der Stadt.

Zum ersten Mal seit der Errichtung der neuen Diktatur wurden von den empörten Volksmassen auch Ausländer bedroht. Sie flüchteten in die Börse und verbarriadierten sich dort, bis sie von britischen Truppen aus ihrer gefährlichen Lage befreit wurden. Damit sind aber auch zum ersten Male, seit der gegenwärtige Kampf ausgebrochen ist, englische Truppen auf den Strassen Afrikas erschienen. Bisher hatte es die Labourregierung entschieden abgelehnt, sich in die innenpolitischen Kämpfe Aegyptens einzumischen. Alle Angriffe der konservativen Presse gegen diese Neutralität der Labourregierung waren erfolglos. Wenn am Dienstag dennoch englische Truppen in Alexandria aufmarschierten, so zeigt das den Ernst der Lage in Aegypten und in welche schwierige Lage England gebracht wird. Die Diktatur Fuads hat ausser ihren Nutzniessern kaum irgend welchen Anhang in Aegypten. Mag sich aber auch England noch so neutral verhalten, niemand kennt die Grenzen einer Volksbewegung, wenn sie einmal entfesselt ist.

SPD. Bombay, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Die in Bengal im Distrikt Mymensingh ausgebrochenen Kämpfe zwischen Hindus und Mohammedanern dauerten den ganzen Dienstag über an. Zahlreiche Banden von Mohammedanern, die mit Aexten und Sensen ausgerüstet sind, durchzogen die Dörfer. Am Dienstag wurden eine ganze Hindufamilie erschlagen und verbrannt. Die Bewegung trägt sozialen Charakter und wird allerdings unter religiösem Deckmantel ausgefochten.

SPD. Paris, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Abschluss eines sechsmonatigen Rüstungsstillstandes zwischen Frankreich und Italien wird von der Pariser Presse als ein entscheidender Erfolg sowohl für die Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern als auch für die Wahrung des Friedens überhaupt gewertet. Trotzdem ist dieser Rüstungsstillstand nichts anderes als eine schöne Geste. Frankreich und Italien haben ihre Flottenbauprogramme für 1930 bereits restlos in Durchführung gegeben. Bis zum nächsten Frühjahr hätten sie auch ohne den Vertrag keine neuen Kriegsschiffe mehr auf Stapel gelegt.

Der sozialistische "Populaire" wirft deshalb mit vollem Recht die Frage auf, wen man mit diesem schönen Spiel eigentlich täuschen wolle. Die Methoden der neuer halbgeheimen Diplomatie schienen genau wie die der alten Geheimdiplomatie immer mehr darauf hinauslaufen zu wollen, den Völkern Sand in die Augen zu streuen.

SPD. Der Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgesagt und diese Absage in folgendem Schreiben an den Preussischen Herrn Ministerpräsidenten begründet:

"Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der Preussischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Zusage erfolgte in der Voraussetzung, dass das Verbot des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in Rheinland und Westfalen, das ich, wie Sie wissen, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als unberechtigt und dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufend bezeichnen muss, bis dahin aufgehoben sei und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne. Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbotes, für die sich auch die Reichsregierung inzwischen verwandt hat, wiederholt in Aussicht gestellt, trotz wiederholten Erinnerns sie aber bisher nicht verfügt. Statt dessen hat der Preussische Minister des Innern in seinem, dem Herrn Reichskanzler abschriftlich übermittelten Schreiben vom 14. Juli 1930 dem Stahlhelm für die Wiedermulassung in Rheinland und Westfalen Bedingungen gestellt, aus deren Verlangen und Formulierung ich entnehmen muss, dass Sie und das Preussische Staatsministerium meinem von der Reichsregierung unterstützten Wunsche nicht zu entsprechen gesonnen sind. Damit schliessen Sie den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von der Teilnahme an den Rheinland-Befreiungsfeiern aus und machen es den in dieser Organisation vereinigten alten Frontkämpfern unmöglich, in geschlossener Formation mich zu begrüßen, während alle anderen Verbände bei allen Veranstaltungen, die aus Anlass der Räumung stattfinden, zugelassen sind und in grosser Zahl auftreten. Diese ungleiche Behandlung ist für mich unerträglich. Ich kann es mit meiner verfassungsmässigen Pflicht zur Überparteilichkeit nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein - nach meiner Auffassung nicht begründetes - Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen ist. Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschliessen müssen, meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preussischen Befreiungsfeier in Koblenz rückgängig zu machen; aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgesagt und so lange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung!

gez. von Hindenburg."

Die Reise des Reichspräsidenten nach Speyer und der Pfalz sowie nach Mainz wird planmässig stattfinden. Der Herr Reichspräsident wird von Mainz am Sonntag, den 20. Juli abends unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

SPD. Dresden, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Die am Dienstag im Sächsischen Landtag vorgenommene Ministerpräsidentenwahl verlief ergebnislos. Die Abstimmung ergab 45 Stimmen der Rechtsparteien für den früheren deutschnationalen Wirtschaftsminister Krug von Nidda und 32 Stimmen für den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Lipinski. Die Demokraten wählten den Reichstagsabgeordneten Külz, die beiden volksnationalen Abgeordneten stimmten für den gegenwärtigen sächsischen Innenminister Richter. Eine Stimme aus dem Lager der Rechtsparteien wurde für den volksnationalen Abgeordneten Lasse abgegeben.

Vor der Wahl liess die sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Böchel eine Erklärung abgeben, in der es heisst, dass die Deutsche Volkspartei die Nationalsozialisten im Wahlkampf bekämpft und insbesondere der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Schneider die Hitlerianer als gewissenlose Hetzer bezeichnet habe, mit denen es keine Gemeinschaft und keine Zusammenarbeit gebe. Jetzt aber wolle die Deutsche Volkspartei gemeinsam mit den Nationalsozialisten

eine Regierung bilden. Die Nationalsozialisten hätten sich in der Wahlbewegung als Gegner des Kapitalismus aufgespielt. Jetzt wollten sie eine Regierung bilden, die nur eine kapitalistische sein könne. Der demokratische Abgeordnete Dehne erklärte, dass seine Freunde für die geplante Bürgerblockregierung nicht zu haben seien. Der volksnationale Abgeordnete Lasse wandte sich sehr scharf gegen die Nationalsozialisten und stellte fest, dass er und sein Kollege nur einen Ministerpräsidenten wählen würden, der die Interessen der Gesamtheit und nicht die Interessen einer Gruppe vertrete.

SPD. Die Reichsregierung hat ihre Antwort auf das Europa-Memorandum Briands am Dienstag der Öffentlichkeit übergeben. In der Note heisst es u.a.: "Die Deutsche Regierung hat es mit Genugtuung begrüsst, dass die Französische Regierung in ihrem Memorandum das europäische Problem in seinen Einzelheiten zur Diskussion gestellt und ihre eigene Auffassung darüber mitgeteilt hat. Dass jedes Land die gestellte Aufgabe von seinem Standpunkt aus unter einem anderen Gesichtswinkel sieht, ist nur natürlich. Kein Land kann die Mängel der Struktur Europas stärker empfinden als Deutschland, das, in der Mitte des Kontinents gelegen, von diesen Mängeln und ihren Auswirkungen in besonders hohem Masse berührt wird. Kein Land hat an der Beseitigung dieser Mängel ein höheres Interesse als Deutschland. Die Deutsche Regierung wird daher bereitwillig an der Lösung des Problems mitarbeiten und stellt sich für eine eingehende Beratung während der Tagung des Völkerbundes im Herbst dieses Jahres zur Verfügung. Sie sieht das Endziel darin, im Geiste der Verständigung eine mutige Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ins Auge zu fassen und so eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen, die nur auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen kann.

Es bedarf zunächst der Feststellung, welche Gegenstände der internationalen Beziehungen für eine spezifisch europäische Regelung in Betracht kommen. Jede Spitze gegen andere Länder oder Kontinente ist zu vermeiden. Die Wechselwirkung zwischen den europäischen und den aussereuropäischen Ländern ist auf manchen Gebieten stärker als die Wechselwirkung innerhalb Europas. Solche interkontinentalen Beziehungen einschränken zu wollen, wäre verfehlt. Es darf nicht geschehen, dass einzelne europäische Länder der europäischen Zusammenarbeit entfremdet werden. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die sich aus der staatsrechtlichen und zollpolitischen Verbindung einzelner europäischer Staaten mit aussereuropäischen Gebieten ergeben. Ein europäisches Programm müsste daher materiell und geographisch so elastisch wie möglich gestaltet werden. Auch der Ausschluss solcher europäischen Länder, die nicht dem Völkerbund angehören, wie Russland und die Türkei, widerspräche der bisher mit Recht geübten Praxis.

Die Deutsche Regierung kann der Französischen Regierung insofern durchaus zustimmen, als auch sie davon überzeugt ist, dass die Notlage Europas ihre Ursachen in hohem Masse in der gegenwärtigen politischen Gestaltung unseres Kontinents hat. Deshalb kann in der Tat, wenn man die bestehenden Schwierigkeiten wirklich von Grund aus beseitigen will, an diesen politischen Ursachen nicht vorbeigegangen werden. Die Deutsche Regierung kann ihre Ansicht darüber, in welcher Richtung die Lösung dieser politischen Probleme zu suchen ist, als bekannt voraussetzen. Sie hat ihre Auffassung bei den verschiedensten Gelegenheiten dargelegt und braucht in dieser Beziehung nur an ihre Stellungnahme bei den Diskussionen über die Fragen der Sicherheit, der Abrüstung, der nationalen Minderheiten und des Ausbaues einzelner Artikel des Völkerbunds Paktes zu erinnern. Das Eine möchte die Deutsche Regierung indes auch heute besonders betonen: alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, dass die Grundsätze der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung kommen. Wo bestehende Verhältnisse diesen

Grundsätzen widersprechen, müssen wirksame Mittel für ihre Änderung gefunden werden. Es wäre aussichtslos, ein neues Europa auf einem Fundament aufbauen zu wollen, das der lebendigen Entwicklung nicht standhalten würde.

Unabhängig von politischen Erwägungen sind auf rein wirtschaftlichem Gebiete zweifellos Möglichkeiten gegeben, die im Interesse des europäischen Fortschritts geprüft und genützt werden müssen. Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiete sollte nicht von der Schaffung grösserer Sicherheit abhängig gemacht werden. Umgekehrt wird gerade die wirtschaftliche Verständigung wesentlich zur Verstärkung des Bewusstseins der Solidarität und damit des Gefühls der Sicherheit beitragen. Die Untersuchung der europäischen Wirtschaftsnot wird von der Krise der Landwirtschaft und der Absatznot der Industrie ausgehen und Mittel und Wege suchen müssen, um grössere Marktgebiete zu gewinnen und um den Austausch der Güter zwischen den vorwiegend agrarischen und vorwiegend industriellen Gebieten Europas zu erleichtern. Enttäuschungen über die Ergebnisse der bisherigen Bestrebungen und Rückschläge nach der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 dürfen nicht zur Passivität verleiten, zumal da es sich um Anfangsversuche auf einem neuen Gebiete internationaler Betätigung handelte und die besondere wirtschaftliche Situation der letzten Jahre den Bestrebungen nicht günstig war. Die Deutsche Regierung hält es deshalb für angebracht, die Bemühungen um die Erleichterung der europäischen Wirtschaft, insbesondere der europäischen Zollpolitik, fortzusetzen. Bei der Behandlung des europäischen Wirtschaftsproblems dürfen indes nach Ansicht der Deutschen Regierung folgende Gesichtspunkte nicht ausser Acht gelassen werden:

So notwendig es ist, dass die Regierungen selbst das europäische Problem in die Hand nehmen, so können doch Regierungsmassnahmen allein dem notleidende Europa nicht helfen. Es wird weite Gebiete geben, wo die Wirtschaft selbst die Aufgabe in Angriff nehmen muss. Die unmittelbare Verständigung bestimmter Wirtschaftszweige auf privatwirtschaftlicher Grundlage bleibt ein Arbeitsfeld, dem in der Neuordnung des wirtschaftlichen Europa ein wichtiger Platz anzuweisen ist. Sache der Regierungen wird es bleiben, ihre gemeinsame Wirtschaftspolitik mit dem freien Spiel der Kräfte in Einklang zu bringen. Bei wirtschaftlichen Fragen dürfen militärische Gesichtspunkte nicht in den Vordergrund gestellt werden. Sonst würden wichtige Gruppen der Erzeugung von der Verständigung ausgeschlossen bleiben und dem Ziele einer zweckmässigen Arbeitsteilung schwere Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Es müssen alle Folgen in Betracht gezogen werden, die sich aus der besonderen Lage einzelner Länder, namentlich aus ihrer sozialen Struktur und aus ihrer durch den Krieg bedingten finanziellen Gesamtbelastung ergeben.

In organisatorischer Beziehung betont das Memorandum der Französischen Regierung wiederholt mit Recht den engen Zusammenhang, der zwischen der Arbeit des Völkerbundes und der europäischen Gemeinschaftsarbeit bestehen muss. Die Deutsche Regierung stimmt der Auffassung zu, dass der Völkerbund unter den europäischen Bestrebungen nicht leiden darf. Es sollte keine europäische Absonderung eingeleitet werden, die andere Gruppenbildungen im Völkerbund nach sich ziehen könnte. Die Teilnahme aller Völkerbundsmitglieder an den grossen Aufgaben aller Kontinente gehörte von Anfang an zu den wesentlichen Zügen des Völkerbundes. Durch eine Neigung zur Gruppierung nach Kontinenten könnte dieses gleichmässige allgemeine Interesse abgeschwächt und die Struktur des Bundes nachteilig beeinflusst werden. Bei jeder Art engeren europäischen Zusammengehens wird daher die Wirkung auf den Völkerbund genau zu überlegen und nötigenfalls dem Urteil des ganzen Bundes zu unterbreiten sein. Dies gilt umso mehr, als sich der Völkerbund mit seinen wichtigsten Aufgaben, die universalen Charakter haben, immer noch im Anfangsstadium befindet, sodass alles darauf ankommt, ihn in der Richtung dieser Aufgaben zu stärken und deren Lösung vorwärts zu treiben. Auch bei grundsätzlicher Übereinstimmung in dieser Sorge um den Völkerbund wird man ernstlich bezweifeln müssen, ob ihr praktisch Rechnung getragen werden kann, wenn man von vornherein besondere Organe für die euro-

päische Gemeinschaftsarbeit schaffen wollte. Keinesfalls sollte in denjenigen Fragen, die bereits den Gegenstand von Völkerbundsarbeiten gebildet haben oder bilden, eine Änderung der organisatorischen Methode vorgenommen werden.

Die Deutsche Regierung möchte sich einstweilen auf die vorstehenden grundsätzlichen Bemerkungen beschränken. Sie sieht danach die nächste Aufgabe darin, zuerst einmal einen Überblick über die Materien zu gewinnen, die in europäischer Gemeinschaftsarbeit behandelt werden können und müssen. Sie hofft auf wertvolle Anregungen bei der Zusammenkunft in Genf im September d.J. zu der auch die europäischen Nichtmitglieder des Völkerbundes und die nicht-europäischen Staaten Zutritt haben sollten. Für diese Zusammenkunft behält sie die Deutsche Regierung ihrerseits Erläuterungen und Ergänzungen ihrer eigenen Ausführungen vor. Das dann insgesamt vorgebrachte Material wäre zu sichten und zu einer Verhandlungsgrundlage zu gestalten. Ist der Inhalt der ganzen Aufgabe klar und übersichtlich festgestellt, wird man der Frage der weiteren Behandlung näher treten können."

SPD. Die Antwort des preussischen Ministerpräsidenten auf das Schreiben des Reichspräsidenten zugunsten des Stahlhelms lautet :

Hochverehrter Herr Reichspräsident! Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muss ich zu meinem Bedauern ersehen, dass Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeiern im preussischen Gebiet nunmehr von der Wiedermulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms Bund der Frontsoldaten E.V. abhängig machen. Ich empfinde dies umso schmerzlicher, als dadurch ein Missklang in die Befreiungsfeiern hineinkommen muss, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermieden sehen würde.

Um Ihrem Wunsche, Herr Reichspräsident, auf Wiedermulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der Herr Preussische Minister des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt des Stahlhelms gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930 die Wiedermulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen dieser Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der Herr Preussische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, dass er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn ihm von der Bundesleitung des Stahlhelms bindende Zusicherungen für eine künftige, den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende Betätigung gegeben würden. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelms auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigte Zweifel gehegt werden mussten, die nur mit besonderen Zusagen der verantwortlichen Bundesführer beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn Preussischen Minister des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, dass die Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 235) zuwiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, dass die gesetzmässig zuständigen Stellen Preussens und des Reiches übereinstimmend das Verbot auf Grund einwandfreien und reichhaltigen Tatsachenmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte.

Ich wäre nach wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelms für die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und infolgedessen die Gesetzmässigkeit seines künftigen Verhaltens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzeslage entspricht, abgäbe und damit

von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegensteht, aus dem Wege räumte.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihrer Reise in das Rheinland entgegengestellt haben, noch zu beheben und dass es der Bevölkerung des preussischen Gebietes vergönnt sein wird, doch noch Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung

Ihr sehr ergebener
Braun.

SPD. Der Reichspräsident hat in einem Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun seine Teilnahme an den Rheinlandfeiern im befreiten preussischen Gebiet schroff abgelehnt. Dies Schreiben ist eines der seltsamsten Dokumente, das jemals ein Staatsoberhaupt erlassen hat. Sucht man nach Vergleichen, so muss man schon das berühmte Daily Telegraph-Interview Wilhelms II. heranziehen. Der Standpunkt, den dieses Schreiben vertritt, ist nicht minder seltsam: Hindenburg will das befreite Gebiet nicht besuchen, wenn der Stahlhelm nicht vor ihm paradiert, es heisst nicht mehr: das Vaterland über die Partei, sondern vielmehr: der Stahlhelm über das befreite Gebiet und das Vaterland

Die Ratgeber des Reichspräsidenten haben ihn in eine ausserordentlich kritische Situation gebracht. Es war schon schlimm genug, dass von diesen Ratgebern der Widerstand gegen die Nennung Stresemanns im offiziellen Aufruf der Reichsregierung und des Reichspräsidenten zur Befreiung des Rheinlandes ausging. Noch viel schlimmer ist dieses Schreiben. Seine Form ist derart, dass die Absicht unverkennbar daraus hervorleuchtet, einen ernststen Konflikt mit der preussischen Regierung heraufzubeschwören und zwar derart, dass eine jede Möglichkeit der Verständigung ausgeschlossen ist.

Nicht nur politisch, auch rein staatsrechtlich ist der Reichspräsident in eine völlig unhaltbare Position hineinmanövriert worden. Er macht seinen Besuch im preussischen Rheinland von der Aufhebung des Stahlhelmverbots abhängig. Entweder war dies Verbot gesetzlich, dann muss es bestehen bleiben, oder es war nicht gesetzlich, dann müsste es aufgegeben werden ohne Rücksicht darauf, ob nun der Reichspräsident das Rheinland besuchen will oder nicht. Die Absicht, eine reine Rechtsfrage abhängig machen zu wollen von einer persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten, würde das Wiederaufleben des persönlichen Regimentes bedeuten, wie es in der Vorkriegszeit bestanden hat und wie er zur Krise über das Daily Telegraph-Interview geführt hat.

Der politische Zweck, den die unverantwortlichen Ratgeber des Reichspräsidenten mit diesem Schreiben verfolgt haben, ist ganz offenkundig. Am Montag hat die Deutschnationale Volkspartei von der Regierung Brüning verlangt, eine Krise in Preussen herbeizuführen und eine Rechtskoalition zu bilden. Am Dienstag erfolgte die Veröffentlichung dieses Schreibens des Reichspräsidenten, das nach Ansicht seiner Urheber zu einer Sprengung der Preussenkoalition führen sollte. In der Hand seiner Ratgeber wird der Reichspräsident benutzt, um die reaktionären Bürgerblockabsichten aus dem deutschnationalen Lager zu verfolgen.

Indessen ist dieser Versuch mit gänzlich unzureichenden und schlechten Mitteln übernommen worden. Die Rechtslage in der Frage des Stahlhelmverbots und die Vorgeschichte dieses Schreibens geben einem jeden Satz des Briefes des Reichspräsidenten unrecht. Die Vorgeschichte stellt sich nach Erklärungen, die der preussische Ministerpräsident Otto Braun am Dienstag der Presse gab, folgendermassen dar:

Die Oberleitung des Stahlhelms war mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Übungen militärischer Art, die zweifelsfrei gegen die Gesetze verstossen, unterlassen müsse. Sie hat entsprechende Erklärungen abgegeben, aber die Übungen fortgesetzt. Nach der grossen Übung bei Langenberg erfolgte das

Verbot. Die tatsächlichen Vorgänge und ein reiches dokumentarisches Material, das beim Stahlhelm gefunden wurde, haben die schlüssigsten Beweise erbracht, dass der Stahlhelm gegen das Gesetz vom 22. März 1921 verstossen hat.

Bei einer gelegentlichen Unterredung des preussischen Ministerpräsidenten mit dem Reichspräsidenten hat der Reichspräsident erklärt, die Herren Seldte und Düsterberg hätten ihm dargelegt, dass das Verbot auf falschen Voraussetzungen beruhe und hätten ihm befriedigende Erklärungen abgegeben. Der preussische Ministerpräsident hat darauf die Sachlage dargelegt, der Reichspräsident bat ihn, die beiden Führer selbst zu empfangen. Die Herren Seldte und Düsterberg jedoch haben niemals einen Empfang nachgesucht.

Als die Rheinlandreise des Reichspräsidenten in Sicht kam, tauchten Gerüchte auf, dass der Reichspräsident seine Reise von der Aufhebung des Verbotes abhängig machen wolle. Diese Gerüchte sind damals vom Büro des Reichspräsidenten energisch dementiert worden. Der preussische Ministerpräsident hat weiterhin dem Reichskanzler Müller und dem späteren Innenminister Wirth dargelegt, dass der Stahlhelm keine Erklärung abgegeben habe und dass keinerlei neue Tatsachen vorliegen.

Im weiteren Verlauf der Dinge hat der Reichskanzler Brüning dem preussischen Ministerpräsidenten den Wunsch des Reichspräsidenten abermals nahegelegt. Der Stahlhelm hat am 23. Juni an den Reichskanzler ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er darauf beharrt, dass der Stahlhelm nicht gegen die Gesetze verstossen habe. Die Abschrift dieses Schreibens hat der Stahlhelm am 4. Juli dem preussischen Ministerpräsidenten übersandt. Das preussische Staatsministerium hat darauf die Sachlage geprüft und sich dahin entschieden, dass dies Schreiben keine Grundlage biete für eine Aufhebung des Verbotes.

Am 14. Juli, also am Montag, ist dem Stahlhelm nahegelegt worden, eine von beiden Bundesführern unterzeichnete Erklärung abzugeben und Garantien dafür zu bieten, dass er nicht gegen die Gesetze verstossen werde. Dieses Schreiben ist am 14. Juli hinausgegangen. Noch bevor aber der Stahlhelmbundesvorstand zu diesem Schreiben Stellung genommen hat, hat der Reichspräsident jenen Brief an den preussischen Ministerpräsidenten gerichtet, der die Antwort des Stahlhelms vorwegnimmt und in einer so prononciert unfreundlichen Weise abgefasst ist, dass er die Absicht erkennen lässt, jede Verständigung unmöglich zu machen. Der Brief macht der preussischen Staatsregierung nicht nur Illoyalität zum Vorwurf, sondern darüber hinaus, dass sie ungesetzlich gehandelt habe. Er enthält positive Unrichtigkeiten: so ist es nicht richtig, dass der Reichspräsident die Annahme der Einladung an die Voraussetzung geknüpft habe, dass das Stahlhelmverbot aufgehoben werde. Dieser Behauptung steht das formelle und bestimmte Dementi von damals entgegen, dass die Reise des Reichspräsidenten an keinerlei Voraussetzungen geknüpft sei. Der preussische Ministerpräsident hat dennoch versucht, die Angelegenheit in einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten zu klären und zu bereinigen, aber diese Unterredung wurde zwecklos, als er erfahren musste, dass der Brief veröffentlicht worden war, ehe er noch in seinen Händen war. Die preussische Staatsregierung hat danach in einem Antwortschreiben ihr Bedauern über diesen Brief zum Ausdruck gebracht.

So ist die Sachlage. Sie lässt nur zu deutlich erkennen, welches Spiel hier getrieben wird. Das Spiel ist obendrein noch dadurch weiter enthüllt worden, dass mehrere Stunden nach der Veröffentlichung des Briefes des Reichspräsidenten bei der preussischen Staatsregierung ein Antwortschreiben des Stahlhelm-Bundesvorstandes einlief, das in ungleich konzilianterer Form gehalten war als das Schreiben des Reichspräsidenten und vielleicht die Möglichkeit zu Verhandlungen mit der Stahlhelmlitung gelassen hätte, wenn nicht das Schreiben des Reichspräsidenten vorangegangen wäre. Die vorgesehenen Feiern aus Anlass der Reise des Reichspräsidenten in das befreite preussische Gebiet am Rhein werden nun wahrscheinlich unterbleiben.

Die Reichsregierung aber ist in eine ausserordentlich schwierige Situation geraten. Der Konflikt, der von den unverantwortlichen Ratgebern des Reichsprä-

sidenten heraufbeschworen ist, muss die Autorität des Reichspräsidenten beträchtlich ins Wanken bringen. Die Reichsregierung hat vom Reichspräsidenten für ihre Zwecke die Vollmacht zu ausserordentlichen Massnahmen verlangt. Ein Reichspräsident, der den Stahlhelm über das befreite Gebiet, über die Überparteilichkeit stellt, die vom Reichspräsidenten verlangt werden muss, soll durch seine Unterschrift Steuergesetze in Kraft setzen, für die eine Reichstagsmehrheit nicht vorhanden ist? Ein so gewagtes und abenteuerliches Spiel soll durchgeführt werden, gestützt auf eine ins Wanken geratene Autorität in einem Augenblick, in dem sich gegen diesen Schritt zum persönlichen Regiment bereits im Regierungslager selbst heftiger Protest erhebt? Die unverantwortlichen Ratgeber des Reichspräsidenten haben nicht nur ihm selbst, sondern auch der Regierung Brüning einen ausserordentlich schlechten Dienst erwiesen!

SPD. London, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Oberhaus hat der Labour-Regierung am Dienstag-Nachmittag den schwersten aller Schläge versetzt, den sie bisher von den arbeiterfeindlichen Lords erhalten hat. Zum dritten Mal wurde das bergbaugesetz mit 168 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Arbeiterregierung um den Erfolg einer ihrer wichtigsten Arbeiten gebracht. Zweimal hatten die Lords das Gesetz dem Unterhaus zurückgeschickt, dreimal fand sich im Unterhaus eine Mehrheit, die sich nicht fügte. Die dritte Ablehnung im Oberhaus macht die Rechtskraft des Gesetzes einstweilen unmöglich. In den nächsten zwei Jahren kann es nicht mehr beraten werden.

Das Ergebnis der Oberhaussitzung zeigt, dass die Arbeiterregierung in den Lords ihren unversöhnlichsten Feind besitzt. Die Erbitterung über die Haltung des Oberhauses ist in den Reihen der Arbeiterpartei gross. Ihre Mitglieder betonen, dass der nächste Wahlkampf nicht nur unter der Parole ausgetragen werden müsse, wie das Oberhaus zu reformieren, sondern wie es zu töten sei. Dieses Oberhaus würde selbst eine Unterhausmehrheit der Arbeiterpartei illusorisch machen.

SPD. Paris, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Botschafter in Paris hat dem französischen Aussenminister am Dienstag die Antwort der Reichsregierung auf die Europa-Rundfrage Briands überreicht. An die Übergabe schloss sich eine längere Unterredung, die den Möglichkeiten und dem Ausblick einer Zusammenarbeit unter den europäischen Nationen gegolten hat. Die Zustimmung Deutschlands zum Europapakt wird von der Pariser Presse als besonders wertvoller Erfolg Briands angesehen. Dass Deutschland einige Vorbehalte hinsichtlich der Abrüstung, des Minderheitenschutzes und sonstiger Fragen gemacht hat, hat nach den offiziellen Mitteilungen aus Berlin hier nicht weiter überrascht.

Am Dienstag gingen auch die Antworten der drei skandinavischen Staaten in Paris ein, die sich alle für volle Mitarbeit an dem europäischen Bund bereit erklären. Allerdings betonen Schweden und Norwegen, dass es vielleicht besser wäre, dem neuen Bund eine nicht allzu starre Form zu geben, weil sonst das Interesse für den Europapakt dem Prestige des Völkerbundes schaden könnte. Der Völkerbund habe sich in den letzten Jahren sowieso meistens mit rein europäischen Fragen befasst, weiter habe er die Hauptaufgabe, die Abrüstung der Völker durchzuführen. Es sei deshalb vielleicht nicht angebracht, die gleiche Aufgabe als das Hauptziel des europäischen Bundes zu proklamieren. Die dänische Regierung erklärt darüber hinaus noch, dass sie es für schädlich halten würde, wenn im europäischen Pakt die Sanktionsbestimmungen aus den letzten Garantie-Verträgen verschärft würden. Diese Massnahme würde bei dem

augenblicklichen Stand der Bewaffnung der europäischen Staaten die allgemeine Sicherheit keineswegs erhöhen, sondern vermindern. In diplomatischer Form gibt Dänemark damit der Befürchtung Ausdruck, dass man unter dem Firmenschild von Garantie- und Sanktionsverträgen die alten Bündnisverträge wieder erneuern könnte.

SPD. Am Dienstag fanden im Reichsarbeitsministerium unverbindliche Be-
sprechungen über die Beilegung des Arbeitskonfliktes im Mansfelder Kupferschie-
ferbergbau statt. Der Einigungsversuch des Reichsarbeitsministeriums sieht
folgendermassen aus:

Die Mansfeld A.G. und die Gewerkschaften haben mit dem Reichsarbeitsmini-
sterium eine Vereinbarung vorgesehen, wonach zunächst für die Zeit vom 15. Juli
bis 31. Dezember 1930 ein variabler Zuschuss seitens der öffentlichen Hand an
die neue Kupferbergbaugesellschaft gegeben wird. Ferner haben die Gewerkschaften
beim Reichsarbeitsministerium die Genehmigung eines festen Zuschusses bis Ende
des Jahres beantragt, welcher die Differenz zwischen der geforderten 15prozen-
tigen Lohnsenkung und eines von den Gewerkschaften als tragbar angesehenen
Lohnabbaus von circa 9½ Prozent ausgleicht.

SPD. München, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Bayerische Landtag lehnte am Dienstag in namentlicher Abstimmung die
Regierungsvorlage über die Schlachtsteuer mit 67 gegen 58 Stimmen bei einer
Enthaltung ab.

Infolge der Abwesenheit von zwei Abgeordneten der Oppositionsparteien
(der eine ist schwer erkrankt und der andere verbüsst eine Gefängnisstrafe)
lag das Schwergewicht der Abstimmung bei den Hitlerianern, die ihre endgültige
Haltung bis zuletzt geheim hielten. Erst kurz vor der Abstimmung erklärten sie,
dass sie gegen den Gesetzentwurf stimmen würden. Offenbar in der Hoffnung,
durch die Ablehnung der Regierungsvorlage die Auflösung des Landtages zu be-
schleunigen. Für das Gesetz stimmten nur die Bayerische Volkspartei und die
Deutschnationalen, bei denen sich ein Pfälzer Landwirt der Stimme enthielt.
Der Bauernbund als dritte Koalitionspartei hat sich geschlossen auf die Seite
der Opposition geschlagen.

Was nun folgt, ist noch völlig ungewiss. Nachdem die Regierung keine Mehr-
heit mehr hinter sich hat, will die Rumpfkalition die Schlachtsteuer offen-
bar unter missbräuchlicher Anwendung des Ruhe- und Ordnungsparagraphen (§ 64)
in Kraft setzen. Das dürfte aber in kürzester Frist zu heftigen Auseinander-
setzungen und neuen Entscheidungen im Landtag führen. Am Ende des Konfliktes
kann nur der Rücktritt der Regierung und die Auflösung des Landtages stehen.
Da aber auf Grund einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes für Bayern erst
noch ein neues Wahlgesetz zu schaffen ist, wird sich die Lösung der Krise wohl
noch bis in den Herbst hinziehen.

SPD. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags haben die Regierungs-
parteien am Dienstag die Darlehnspflicht des Reiches für die Arbeitslosenver-
sicherung eingeschränkt. Sie haben beschlossen, dass für die Zukunft ein jähr-
lich festzusetzender Höchstbetrag für Reichsdarlehn festgelegt wird. Damit
wird, wie Abg. Aufhäuser (Soz) betonte, das Kompromiss Brüning vom März d. J.
in dem Gesetz verankert und in Krisenzeiten der Leistungsabbau zu einem Dauer-
zustand gemacht.

Die Regierungsparteien haben ferner an die Zersplitterer der Arbeitslosen-

versicherung insofern ein Zugeständnis gemacht, als sie die Einführung von Gefahrenklassen und die Zulassung von Ersatzkassen jetzt bereits prüfen wollen. Den Beitragssatz haben sie auf $4\frac{1}{2}\%$ erhöht; für die Beitragserhöhung stimmten 10 Abgeordnete gegen 2 bei 12 Enthaltungen.

Inbezug auf die Beitragsfrage erklärte Abg. Aufhäuser (Soz): "Die sozialdemokratische Fraktion hat wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung und ihrer Leistungen auch einer befristeten Beitragserhöhung zuzustimmen. An diesem Standpunkt halten wir fest. Nachdem aber die Mehrheit des Ausschusses sowohl in der Arbeitslosen- wie in der Krankenversicherung einen geradezu masslosen Abbau der Leistungen vorgenommen und die Reichsregierung angekündigt hat, auch die bestehende Darlehenspflicht des Reichs an die Arbeitslosenversicherung zu beschränken, sehen wir die Voraussetzungen für unsere Zustimmung zu einer Beitragserhöhung nicht mehr gegeben. Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder werden deshalb ihrer Fraktion, die sich die Entscheidung vorbehalten hat, empfehlen, die Beitragserhöhung abzulehnen."

SPD. Oldenburg (Holstein) 15.7. (Eig. Dr.)

Über weite Teile von Schleswig-Holstein gingen am Dienstag nachmittag ausserordentlich heftige Gewitter nieder, die vielfach grosse Blitz- und Flurschäden anrichteten. Im Kreise Oldenburg in Holstein zündete der Blitz in sechs Gebäuden, die sämtlich eingeäschert wurden. Während das Vieh grösstenteils in Sicherheit gebracht werden konnte, sind grosse Futtervorräte und viele landwirtschaftliche Maschinen den Flammen zum Opfer gefallen. In der Ortschaft Ahneby wurden drei Gebäude durch Blitzschlag in Asche gelegt. In der Ortschaft Honigsee zündete der Blitz in einer grossen Scheune des Hofbesitzers Puck. Das Gebäude brannte völlig nieder. In verschiedenen Gegenden war ausserordentlich starker Hagelschlag zu verzeichnen, der auf den Feldern erheblichen Schaden angerichtet hat. In mehreren Ortschaften waren die Telephonleitungen durch Blitzschläge vorübergehend gestört.

SPD. Die Demokratische Reichstagsfraktion teilt mit: "Das Schreiben des Reichspräsidenten an den Ministerpräsidenten Braun rief in der Fraktionssitzung der Demokratischen Partei schweres Befremden hervor. Der Reichsminister Dietrich wurde alsbald in die Fraktionssitzung gerufen und begab sich aus der Sitzung unmittelbar zum Reichskanzler, um ihn um Aufklärung zu ersuchen. Die Fraktion bereitet eine Interpellation vor. Die Abgg. Koch-Weser und Meyer sind beauftragt worden eine persönliche Rücksprache mit dem Reichskanzler herbeizuführen, zu der sich der Reichskanzler bereit erklärt hat."

SPD. Auf Veranlassung des Zentrumsabgeordneten und Vizepräsidenten des Reichstags Esser fanden am Dienstag abend zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Müller-Franken und Dr. Breitscheid Besprechungen über die Deckungsvorlagen der Reichsregierung statt. Im Anschluss daran traten die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien zu einer Besprechung zusammen.

SPD. Bochum, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Ruhrbergbau droht eine neue Entlassungswelle. Von unterrichteter Seite verlautet, dass schon in allernächster Zeit mehrere Schachtanlagen stillgelegt werden sollen. Als Grund wird der ausserordentlich schlechte Verkauf an Kohle in der ersten Julihälfte angeführt.

SPD. Dresden, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Deutsche Werkstätten A.G. in Hellerau bei Dresden, die etwa 500 Arbeiter beschäftigen, ist am Dienstag stillgelegt worden. Das Unternehmen befand sich schon seit langer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten, sodass die Löhne wiederholt nur teilweise ausgezahlt werden konnten.

SPD. Paris, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein Bulgare und ein Türke, die vor Jahresfrist mittellos nach Frankreich eingewandert waren, hatten es verstanden, in Paris in der Nähe der Grossen Oper eine Bank zu eröffnen. Die Herrlichkeit dauerte nicht lange. Die beiden tüchtigen Bankiers wanderten am Dienstag ins Gefängnis, nachdem sie ihren Kunden mehr als sechs Millionen Franken abgeschwindelt hatten.

SPD. Der Preussische Innenminister Dr. Waentig hat unter dem 14. Juli 1930 an das Bundesamt des Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

"Der Herr Preussische Ministerpräsident hat mit die an ihn gerichtete Eingabe Ihres Herrn l. Bundesführers Seldte vom 4. Juli 1930, in der die Bitte um Wiederezulassung des Stahlhelm in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen ausgesprochen wird, zuständigkeitshalber übersandt. In der dieser Eingabe beigelegten Zuschrift an den Herrn Reichskanzler vom 23. 6. 1930 versichert der Herr l. Bundesführer, dass der Stahlhelm sich nicht militärisch betätige, und dass bereits seit Jahren eine Bundesanordnung betreffend Verbot militärischer Uebungen bestehe. Dabei vertritt die Bundesführung aber nach wie vor die Auffassung, dass die Betätigung des Stahlhelm in den beiden westlichen Provinzen, und zwar sowohl die urkundlich festgestellten Vorbereitungen als auch die Uebung am 21. und 22. September 1939 im Raum von Werden - Kupferdreh - Langenberg - und Kettwig - Velbert - Neviges keine nach dem Gesetz vom 22. März 1921 (RGBl. S.235) und seinen Ausführungsbestimmungen verbotene militärische Beschäftigung dargestellt habe. Diese Auffassung nimmt Ihren Erklärungen jedes Gewicht. Der Wert Ihrer Versicherung über die künftige Beachtung der bestehenden Bestimmungen durch den Stahlhelm hängt vielmehr davon ab, dass die vom Preussischen Staatsministerium vertretene Auffassung der Versicherung zugrunde gelegt wird.

Ich könnte mich deshalb nur dann entschliessen, die Versicherung als geeignete Grundlage für eine Wiederezulassung des Stahlhelm in Rheinland und Westfalen anzusehen, wenn sie diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt und mir gegenüber in einer Form erfolgt, die eine stärkere Bindung des Bundes an die Zusage erkennen lässt.

In der Anlage lasse ich Ihnen eine solche Erklärung zugehen mit dem Anheimstellen, sie durch die Herren Bundesführer Seldte und Düsterberg eigenhändig vollziehen zu lassen und mir einzureichen.

Im Falle der Abgabe der Erklärung bin ich bereit, die Neubildung des Stahlhelm in Rheinland und Westfalen nicht zu beanstanden."

Die dem Schreiben beigelegte Erklärung hat den folgenden Wortlaut: "Die unterzeichneten beiden Bundesführer des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten,

geben hiermit namens des von ihnen vertretenen Bundes der Preussischen Staatsregierung gegenüber die folgende Erklärung ab:

1.) Die Bundesführer des Stahlhelm, B.d.F., bestreiten nicht mehr, dass die Vorgänge, die zur der Auflösung des Stahlhelm, B.d.F., in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen durch Verfügung des Preussischen Ministers des Innern vom 8.10.1929 geführt haben, eine nach dem Gesetz vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) verbotene Befassung mit militärischen Dingen darstellten.

2.) Die Bundesführer des Stahlhelm, B.d.F., geben hiermit die nachdrückliche Versicherung ab, dass eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) zuwiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausbildung und Uebung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen sowie die Veranstaltung solcher oder ähnlicher Uebungen, wie sie zu der Auflösung vom 8.10.1929 Anlass gegeben haben, im Stahlhelm verboten ist. Der Stahlhelm, B.d.F., wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass dieses Verbot restlos befolgt wird, und dass Mitglieder, die dem Verbot zuwiderhandeln, ohne weiteres aus dem Bunde ausgeschlossen werden.

3.) Die Bundesführer werden dafür Sorge tragen, dass im Falle der Wiederzulassung des Stahlhelm in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen an die Spitze neu zu bildender Landesverbände und Unterorganisationen nur Personen gestellt werden, die die Gewähr dafür bieten, dass die Anordnungen und Zusicherungen der Bundesführung wirklich befolgt werden."

Amtlich wird hierzu mitgeteilt, dass am Abend des 15. Juli ein Antwortschreiben des Stahlhelm an den Preussischen Minister des Innern eingegangen ist. Die konziliante Form dieses Schreibens biete der Preussischen Staatsregierung die Möglichkeit, mit dem Stahlhelm in Verhandlungen über die in dem oben wiedergegebenen Schreiben aufgestellten Bedingungen einzutreten.

SPD. London, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Wieder einmal bedrohen die bürgerlichen Parteien den Bestand der Arbeiterregierung.

Konservative und Liberale verlangen proportionell ihrer parlamentarischen Stärke Sitz und Stimme in der von der Regierung für die kommende anglo-indische Konferenz zu ernennenden englischen Delegation. Würde die Arbeiterregierung diesem Ansinnen statt geben, so besäßen Konservative und Liberale die Mehrheit in der britischen Delegation. Die Arbeiterpartei wäre in die Minderheit gedrängt, sodass das Kabinett MacDonald der Möglichkeit beraubt würde, seinen Willen und seine Politik während der Konferenz vertreten zu lassen. Die Arbeiterregierung hat sich bisher geweigert, dem Ansinnen der bürgerlichen Parteien zu entsprechen. Die Konservativen beabsichtigen nunmehr, ihr Ziel im Unterhaus durchzusetzen. Sie haben einen Misstrauensantrag gegen die Regierung eingebracht, mit dem sie zugleich eine bisher von der Regierung abgelehnte Indiendebatte erzwingen wollen. Die Frage der englischen Delegation auf der anglo-indischen Konferenz berührt jedoch so stark die Grundlagen der Politik der Arbeiterregierung, dass diese sich selbst aufgeben würde, wenn sie das Verlangen der beiden bürgerlichen Parteien erfüllen wollte.

In parlamentarischen Kreisen wird der Ausgang des neuen Konfliktes zwischen der Arbeiterregierung und der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments stark erörtert. Er kann unter Umständen zu einem Sturz der Regierung führen.

SPD. Paris, 15. Juli (Eig. Drahtb.)

Paris will für seine Kriegsinvaliden eine besondere Siedlungsstadt bauen. Auf dem Gelände der alten Festungswerke sollen mehrere Reihenhäuser mit insgesamt 278 Wohnungen errichtet werden. Ferner ist der Bau eines Hotels mit 120 Einzelzimmern für unverheiratete Invaliden geplant. Die Siedlung soll mit allen nötigen ärztlichen Einrichtungen für die Pflege der kriegsverletzten Bewohner ausgestattet werden.

Die letzte Frist.

Brüning vor dem Reichstag. - Ein letzter Appell der Sozialdemokratie.

SPD. Berlin, 15. Juli (Eig. Bericht)

Die grosse Wandelhalle des Reichstages kann den Strom von Journalisten und Politikern kaum fassen, der sich an diesem Dienstag zu den parlamentarischen Beratungen drängt. Der Sitzungssaal zeigt auf den Bänken der Abgeordneten nur noch wenige Lücken. Alle Tribünen sind überfüllt. Hinter dem Kanzler und den Reichsministern steht ein grosses Aufgebot von Räten. Auf der Seite des Reichsrats sitzen die Gesandten der Länder und der preussische Finanzminister Höpker-Aschoff. Es ist ein grosser Tag. Nicht nur äusserlich. Eine grosse Stunde für den deutschen Reichstag, ein Schicksalstag für den deutschen Parlamentarismus ist angebrochen.

Der Kanzler und fast alle Redner wiederholen es: eine grosse Stunde! Die schmale Gestalt des Reichskanzlers Brüning, einem Priester ähnlicher als einem politischen Führer, erhebt sich. Der Kanzler spricht frei. Eindringlicher, wärmer als sonst. Man fühlt: diese Rede ist nicht an den Reichstag, sondern draussen an das Volk gerichtet. Es ist ein Appell an das Gefühl. Vor dem düsteren Hintergrund tiefsten wirtschaftlichen Pessimismus steht der Zentrumskanzler und gelobt, durch harte Opfer den Weg nach aufwärts zu bahnen.

Er wendet sich beschwörend an die Rechte: "Was hat es für einen Zweck, die Osthilfe zu beschliessen, wenn Sie nicht die Mittel zur Deckung bewilligen?" Er beschwört die Sozialdemokratie: "Es geht um die Rettung der Demokratie! Sie müssen die parlamentarische Verantwortung tragen. Was soll werden, wenn Sie nicht Mittel zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung bewilligen?" Dann aber braucht der Reichskanzler immer wieder allgemeine Redensarten über Mut zur Verantwortung, den doch gerade die Sozialdemokratie bis zur Unpopularität oft genug gezeigt hat. Sachlich aber enthält die Kanzlerrede mancherlei unklare und zweideutige Wendungen. Dauernde Koalition sei nötig, sehr gut, aber welche Herr Brüning? Dieser Frage weicht der Kanzler aus. Grosser Umbau unseres Finanzsystems im Herbst sei notwendig. Auch durchaus richtig, aber Brünings Kopfsteuer lässt das Schlimmste über diesen Plan befürchten. Zum Schluss wiederholt der Kanzler fast wörtlich seine Drohung vom April: Entweder Annahme der Deckungsvorlage im Reichstag oder Anwendung aller anderen verfassungsmässigen Mittel durch die Reichsregierung.

Artikel 48 nennt der Kanzler auch diesmal nicht. Ist es eine letzte Scheu? Oder eine letzte Hoffnung auf parlamentarische Lösung? Schon setzt sich der Kanzler. Mehr demonstrativ als überzeugend rufen und klatschen die Regierungsparteien Beifall.

Dittmann (Soz) beantragt eine Stunde Unterbrechung. Die sozialdemokratische Fraktion versammelt sich und erwägt noch einmal ihre Taktik. Sie nutzt die Stunde kaum aus, ihre Haltung bleibt dieselbe wie bisher in diesen schweren Wochen. Dann spricht Keil (Soz) im Plenum. Es ist eine glänzend formulierte, eine sachlich wohl begründete und daher mitreissende Rede. Die Rechte glaubt erst, stören zu können. Die Kommunisten brüllen und schimpfen. Keil aber redet über die verbündeten Saboteure des Parlamentarismus hinweg. Er wendet sich unmittelbar an den Reichskanzler. Der Sprecher unserer grössten deutschen Verfassungspartei an den Reichsführer, der die Innehaltung der Verfassung beschworen hat. Keil ruft dem Kanzler zu: "Sie haben die stärkste Partei des Volkes und des Hauses nicht für die Sanierung der Reichsfinanzen nutzbar gemacht. Diese Partei aber hat schon einmal in schwerster Stunde das Reich gerettet." Die Sozialdemokratie unterstrich diese geschichtliche Festsetzung durch eine stürmische Beifallskundgebung. Noch einmal warnt die Sozialdemokratie vor dem Artikel 48. Niemand kann sagen, wie das Abenteuer endet. Keils Rede nimmt dem Kanzler jeden Anlass zur sofortigen Anwendung des Diktaturparagraphen. Die Sozialdemokratie wird im Plenum genau wie im Steuerausschuss bei dem mehr formalen Artikel 1 sich der Stimme enthalten, um Gelegenheit zu haben, ihre Steu-

ervorschläge vor dem Reichstag und vor dem ganzen Volke zu unterbreiten und zu entwickeln. Noch einmal umreißt Keil die sozialdemokratische Steuerpolitik: "Keine Kopfsteuer! Wenn Sie den Neuroder Bergarbeitern mit Elendslöhnen eine Bürgersteuer zumuten, so können Sie auch dem Mann mit 100 000 Mark Einkommen eine zehnprozentige Erhöhung der Einkommensteuer auferlegen, wie es die Sozialdemokratie fordert. Wenn Sie nicht 5 %, sondern 10 % Zuschlag nehmen, ist die Bürgersteuer nicht notwendig." Zur Reichshilfe ist die Sozialdemokratie grundsätzlich bereit, aber sie will die Freigrenze erhöhen. Schwerste Bedenken bleiben gegen die Ledigensteuer. Mit erhöhter Stimme ruft Keil dem Kanzler zu: "In der vorliegenden Form sind Ihre Vorlagen unannehmbar." Dann ruft der sozialdemokratische Sprecher die Sozialdemokraten im Lande zum Kampf auf. Der Kanzler hat kein Recht, den Artikel 48 zu verhängen. Er soll entweder zurücktreten oder den Reichstag auflösen. Wenn Sie, die Parteien der Mitte und der Rechten, ein gutes Gewissen haben, so gehen Sie diesen Weg. Die Sozialdemokratie ist mit gutem Gewissen bereit, vor die Nation zu treten und das deutsche Volk selber sein Urteil sprechen zu lassen." Die sozialdemokratische Fraktion applaudiert begeistert. Die Rede hat im ganzen Hause den stärksten Eindruck hinterlassen.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Oberföhrer spricht nur einen Satz vom Platze aus: "Weiter die politische Lage noch die Haltung der deutschnationalen Fraktion hat sich verändert. Wir lehnen die Deckungsvorlage an." Als dann der zentrumsabgeordnete Dr. Föhr mit mehr gutem Willen als Geschick eine Art Steuerpredigt hält, findet er nur wenig Aufmerksamkeit. Anschliessend lassen alle anderen Regierungsparteien kurze Erklärungen verlesen. Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei begrüsst Brüning's Vorlage als einen kapitalistischen Erfolg. Der Wirtschaftsparteiler Mollath wird zum unfreiwilligen Komiker, als er die Zustimmung seiner Partei damit begründet, dass Ausgabensenkungen erreicht seien. Auch in der Mitte des Hauses lacht man diese Begründung des wirtschaftsparteilichen Umfalls aus. Die christlichnationalen Bauern kritisieren die Gesetzentwürfe zwar als ganz unzulänglich, erklären aber dennoch ihre Zustimmung. Die Nationalsozialisten, die seit Monaten bei fast jeder grossen politischen Entscheidung die Reichstagstribüne fürchten, hüllen sich auch diesmal in Schweigen.

Es folgt die Abstimmung über den Artikel 1. Sie verläuft ohne Sensation. Nicht einmal namentliche Abstimmung wird beantragt. Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten stimmen gegen den Artikel, die Regierungsparteien stimmen dafür, die Sozialdemokratie enthält sich. Der Artikel 1 ist angenommen. Es ist dies der Wille der Sozialdemokratie, damit sie am Mittwoch Gelegenheit hat ihr eigenes Steuerprogramm vor dem Lande darzulegen. Diese nächste Sitzung des Reichstages wird nun wohl die seit Monaten fällige Entscheidung bringen. Alle Zeichen sprechen dafür, dass es dem Kanzler Brüning nicht gelingt, parlamentarisch zu regieren. Wenn er nicht zurücktreten wird oder die Reichstagsauflösung beantragt, wird er zum Artikel 48 greifen und damit den Weg des politischen Abenteuerers beschreiten.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat zur zweiten Lesung der Deckungsvorlagen im Plenum des Reichstags die Abänderungsanträge eingebracht, die sie bereits im Steuerausschuss gestellt hatte. Diese Anträge fordern im einzelnen folgende Verbesserungen:

Bei der Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes verlangt die Sozialdemokratie grundsätzlich, dass anstelle des unsozialen Gehaltsabzuges von 2½ Prozent ein 40 prozentiger Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer tritt. Für den Fall, dass diese Forderung abgelehnt wird, ist beantragt, die Reichshilfe nicht vom Bruttoeinkommen zu erheben, sondern in jedem Fall die Freibeträge der Lohnsteuer ausser Ansatz zu lassen. Weiter wird gefordert, die Freigrenze, bis zu der eine Reichshilfe nicht erhoben werden soll, von 2000 Mark auf 2400 Mark jährlich zu erhöhen. Ausserdem sollen nur diejenigen Angestellten der Behörden und öffentlichen Unternehmungen abgabepflichtig sein, die nur aus einem in ihrer Person liegenden wichtigen Grunde gekündigt werden können und ebenso wie die Beamten

Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge haben. Dadurch wird erreicht, dass tatsächlich nur die Angestellten erfasst werden, deren Existenz ebenso gesichert ist wie die der Beamten. Schliesslich verlangt die Sozialdemokratie, dass die Tantiemen der Aufsichtsräte nicht nur einem Abzug von $2\frac{1}{2}$ Prozent, sondern von 20 Prozent unterworfen werden.

Bei dem Notopfer der Einkommen über 8000 Mark wird gefordert, den Zuschlag zur Einkommensteuer von 5 auf 10 Prozent zu erhöhen.

zur Ledigensteuer hat die Sozialdemokratie die Befreiung aller Personen beantragt, die für mittellose Angehörige zu sorgen haben oder sich aus einem anderen Grunde in besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden. Ausserdem wird verlangt, dass der 25 prozentige Abschlag von der Steuer, der von Hilferding am 1. Oktober 1928 eingeführt worden ist, aufrecht erhalten bleibt.

Der Artikel, der die Erhebung der Bürgersteuer vorsieht, soll gestrichen werden. Ebenso die Vorschrift über die steuerlich begünstigten Rücklagen. Die letzte Vorschrift hat überhaupt nichts mit der Finanzsanierung zu tun und ist offensichtlich nur eine Liebesgabe, mit der die Zustimmung irgend einer Regierungspartei erkaufte werden soll.

Statt dessen verlangt die Sozialdemokratie die Aufhebung der Sonderumsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine und bei den Rückvergütungen der Genossenschaften Wiederherstellung der Befreiung von der Kapitalertragsteuer. Zur Deckung des Ausfalls wird eine Änderung des § 7 des Umsatzsteuergesetzes vorgeschlagen durch die das Zwischenhandelsprivileg wieder auf den Grosshandel beschränkt und die unsinnige Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs unwirksam gemacht wird.

In bezug auf die Deckung des Fehlbetrages im Etat hat die Reichsregierung eine Ermächtigung verlangt, nach eigenem Belieben 100 Millionen von den Ansätzen des Etats 1930 abzustreichen, ohne dass der Reichstag Einfluss auf die Art der Abstriche nehmen soll. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wegen der Gefährlichkeit dieser Ermächtigung einen Antrag eingebracht, der eine Streichung von 225 Millionen Mark bei verschiedenen genau angegebenen Einzeltiteln des Etat für 1930 setzen will. Von den Streichungsvorschlägen der sozialdemokratischen Fraktion beziehen sich 2 Millionen Mark auf den Etat des Auswärtigen Amtes. Vom Etat des Innenministeriums sollen 3,6 Millionen gestrichen werden. Darunter befindet sich auch eine Gesamtstreichung der technischen Nothilfe. Im Ministerium für die besetzten Gebiete wird die Streichung des Dispositionsfonds für den Minister Treviranus in Höhe von 400 000 Mark verlangt, im Wirtschaftsministerium die Streichung von rund 1 Million Mark beantragt, darunter die Ausgaben für die Leipziger Messe. Im Wehretat verlangt die Sozialdemokratie entsprechend ihren früheren Anträgen zum Etat 1930 die Streichung eines Mindestbetrages von rund 110 Millionen Mark. Im Etat des Ernährungsministeriums belaufen sich die Streichungen auf fast 14 Millionen Mark, wobei insbesondere alle die landwirtschaftlichen Subventionsfonds stark beschnitten werden, die dem Minister Schiele unkontrollierte Ausgabeermächtigung geben. Im Etat des Verkehrsministerium hat die Sozialdemokratie die Streichung von 4 Millionen Mark bei den Luftfahrtausgaben beantragt. Im Etat der Versorgung und Ruhegehälter wird eine Streichung von rund $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark im Zusammenhang mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Festsetzung der Höchstpension in Höhe von 12 000 Mark pro Jahr verlangt, Im Etat der Reichsschule sollen 44 Millionen gestrichen werden. Der Repräsentationsfond für die Reichsbehörden soll um 100 000 Mark vermindert werden, da in einem Sparjahr eine Einschränkung der Repräsentationen als selbstverständlich angesehen werden muss. Schliesslich werden im Kriegslastetat Streichungsanträge in Höhe von 49 Millionen Mark gestellt, von denen 35 Millionen Mark auf reine Subventionen an die Grosslandwirtschaft nach dem Osthilfegesetz und der Rest auf Fonds entfällt, die in ihrer Ausgabebestimmung so unklar gehalten sind, dass ihre Bewilligung durch den Reichstag in einem Sparjahr als leichtfertig bezeichnet werden müsste.

Der sozialdemokratische Streichungsantrag schaltet vor allem die Gefahr aus, dass die Regierung mit einer allgemeinen Streichungsermächtigung Abstriche einseitig z.B. am Sozialetat vornimmt. Dazu bringt der sozialdemokratische Streichungsantrag weit über das Doppelte des Ertrages, der von der Regierung gewünschten Ermächtigung!

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Akademische Verfassungsfeiern.

SPD. Die deutschen Universitäten haben vor Semesterschluss Verfassungsfeiern veranstaltet. Die Formen dieser Feier waren überall die gleichen und die Klagen aufrichtiger Republikaner und Demokraten über sie auch. Die Regel ist, dass bei solchen Feiern irgend ein Professor, der zufällig an der Reihe ist, einige einleitende Worte über die Verfassung vorträgt, eine mehr oder minder kümmerliche Verbindung zu dem nachfolgenden Referat herstellt und dann irgend ein in der Tat ganz beziehungsloses Fachreferat hält. In Berlin wurde über Weltwirtschaftsfragen gesprochen, in Köln über die biologischen Grundgesetze der Entwicklung, in Bonn über den scheinbaren Widerspruch in der modernen Physik und Versuche zu seiner Lösung.

Es wäre falsch, diese Art von Verfassungsfeiern als Sabotage zu bezeichnen, es ist nicht Sabotage, es ist nur die traditionelle Erfüllung einer Pflicht ohne innere Anteilnahme. So wie sie heute Verfassung feiern, haben die deutschen Universitäten früher Kaiser-Geburtstag gefeiert. Der wirklich republikanische Nachwuchs an den Universitäten aber erwartet etwas anderes. Er erwartet innere Anteilnahme, Bekenntnis, Begeisterung. Er will nicht ein trockenes Fachreferat hören, sondern die wirkliche Feierrede eines Mannes, in dem er nicht nur auf sachlichem Gebiet den Lehrer, sondern auch in seiner Stellung zum Staat den Führer erblickt.

Die heutige Form der akademischen Verfassungsfeiern zeigt, wie wenig fest verankert im akademischen Lehrkörper die innere Verbundenheit mit den grossen Ideen ist, die in der Verfassung ihre Ausprägung erfahren haben, - die erregten Proteste aus den Kreisen republikanischer Studenten gegen die Form der Verfassungsfeiern aber lehrt, dass an den deutschen Universitäten es einen Stamm von Studenten gibt, die innerlich begeistert für die grosse Idee der demokratischen Freiheit sind.

Wenn die akademischen Behörden nicht fähig sind, dieser Begeisterung selbst Ausdruck zu geben, oder ihr wenigstens einen Rahmen zu bieten, in dem sie sich äussern kann, - umso schlimmer für die akademischen Behörden von heute.

Wenn die akademischen Behörden es für richtig halten, ihre Distanz vom Inhalt der Verfassung durch die heute beliebte Form der akademischen Verfassungsfeiern Ausdruck zu verleihen, dann wäre es schon besser derartige Pflichtfeiern zu unterlassen !

Der stille Krieg gegen die Arbeitslosen.

Die reaktionäre Schwerindustrie und die Parteien, in denen sie ihre Vertreter sitzen hat, führen den Krieg gegen die Arbeitslosen brutal, aber offen. Nebenher aber geht ein stiller Krieg, eine Propaganda, die eine Trennung der Arbeitslosen von der übrigen Bevölkerung herbeiführen, ja Erbitterung gegen die Arbeitslosen erzeugen will. An diesem stillen Krieg ist die katholische Kirche beteiligt. Das "Katholische Sonntagsblatt" der Diözese Breslau veröffentlicht in der letzterschienenen Nummer einen Aufsatz, der sich in folgender Form mit den Arbeitslosen beschäftigt :

"Andere sind arbeitsunlustig und arbeitsunfähig geworden. Auch wenn sich ihnen fruchtbare Tätigkeit bietet, wollen sie nicht zugreifen. Sie können oft nicht mehr wollen. Schuld daran ist die Art der behördlichen Unterstützungen."

Die hat sie verdorben. Der Heiland verlangte vor seinem Wunder die schwere Anstrengung der Apostel, obgleich sie nicht notwendig war und mit Widerwillen und Zweifel geleistet wurde. Die unerleuchtete Staatsklugheit unserer Tage aber entmannt den Willen und entnervt die Arme durch herabwürdigende Geschenke. Es sind noch nicht einmal Geschenke; denn ein Geschenk kommt aus Liebe. Diese Gaben aber kommen aus Angst und Ratlosigkeit. Es ist eben schlimm, wenn Menschen Vorsehungen machen wollen ohne Gott."

Die Beschimpfungen der Arbeitslosen sind der Propaganda des Unternehmertums entnommen. Dort wird wenigstens die Bezeichnung der Arbeitslosen als arbeitsunlustig, die Behauptung von der demoralisierenden Wirkung der Arbeitslosenversicherung nicht mit religiösen Phrasen verbrämt! Wahrhaftig - der brutale und offene Krieg des Unternehmertums ist noch sympathischer als dieser stille Krieg in heuchlerischer Maske!

Inkonsequenz.

Der General von Schoch, der Landesvorsitzende der Deutschen Volkspartei in Bayern, ist von diesem Posten zurückgetreten. Seit einiger Zeit war Herr v. Schoch aus den Reihen der eigenen Partei, namentlich von der "Kölnischen Zeitung" scharf angegriffen worden. Die "Kölnische Zeitung" hatte die Reichsleitung der Volkspartei zum Einschreiten gegen Schoch aufgefordert, weil er für die Wiederherstellung der Wittelsbacher Monarchie eintrete und in rechtsstehenden Blättern sich gegen die Reichsreform einsetzte.

Herr v. Schoch ist zurückgetreten. Es ist schade, er hat so gut zu jenen Volksparteilern gepasst, die in Thüringen gemeinsam mit Herrn Frick in einer Regierung sitzen, die gegen das Reich frondierte und zu jenen anderen, die in Sachsen Herrn Gregor Strasser zum Innen- und Polizeiminister machen wollen. Schoch geht, aber diese Leute bleiben und bestimmen immer mehr den Charakter ihrer Partei. Wo bleibt da die Konsequenz ?

Der Patriot als Angeklagter.

Der Typ von Angeklagten ist seltener geworden, der vor Gericht für seine kriminellen Taten unter Hinweis auf seine Kriegsverdienste um mildernde Umstände bat, auch die Zeit ist glücklicherweise vorüber, in der deutsche Gerichte entschieden: Ein tüchtiger Dieb, aber auch ein tüchtiger Soldat, also mildernde Umstände !

Das hindert nicht, dass in Bayern ein Angeklagter sich vor Gericht auf seine Verdienste im Krieg gegen die Räterepublik beruft. Ein Zollobersekreter in Regensburg erklärte, als er vor Gericht stand, zu seiner Verteidigung, er habe sich seinerzeit für die Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt, als andere Herren nicht zu sehen gewesen seien. Er wollte mildernde Umstände, weil er mittenachts ohne Laterne auf dem Fahrrad gefahren war! Das Gericht verstand freilich diese Verdienste nicht recht zu würdigen.

Wie wäre es, wenn künftig das Vorzeigen der Mitgliedskarte von Stahlhelm und Nationalsozialisten von jeder strafrechtlichen Verantwortung befreit?

Die rasende Justizmaschine.

In der Nähe von Oels fand die Tochter eines Arbeiters einen toten Hasen. Sie nahm ihn mit nach Haus. Der Vater warf ihn wieder in den Schnee zurück, weil er stank. Ein zweiter Arbeiter hob ihn auf und verspeiste ihn mit grossem Appetit. Die Forstbehörde verklagte ihn wegen - Hehlerei! Konstruktion: Die Tochter des ersten Arbeiters hat gestohlen, der zweite Arbeiter war der Hehler. Der Angeklagte erhielt in erster Instanz fünf Monate Gefängnis, in der zweiten Instanz nur eine geringe Strafe wegen unrechtmässiger Jagdausübung, das Reichsgericht entschied, dass es sich doch um eine Hehlerei handle und nun wird der Unglückliche noch einmal prozessiert. Alles wegen eines toten und stinkenden Hasen! Das ist nicht mehr Rechtsprechung, das ist eine sinnlos rasende Maschine!

W N S O Aus aller Welt

Zweimal Nazi=Mord.

Die Abschlichtung des Zeitungshändlers Heimbürger. - Der Röntgentaler=Mordprozess.

SPD. Berlin, 15. Juli (Eig. Bericht):

Kein Tag vergeht in Berlin-Moabit ohne politische Mordprozesse. Während noch vor dem Schwurgericht III die achtzehn Nationalsozialisten vernommen werden, die den feigen Feuerüberfall auf die Reichsbannerleute in Röntgental unternommen hatten, sitzt man im Saal des Schwurgerichts II über 7 Nationalsozialisten im Alter von 18 bis 23 Jahren zu Gericht, die am 7. April den Zeitungshändler Heimbürger mit geradezu bestialischer Rohheit abgeschlachtet haben. Die fürchterliche Mordtat der nationalsozialistischen Banditen erregte seinerzeit besonderes Aufsehen, weil die Tat ein Mass von menschlicher Verkommenheit verriet, das man selbst bei den Rowdys der Hitler'schen S.A. nicht gewohnt war. Bei der Vernehmung der 7 Angeklagten kommt es zu sensationellen Enthüllungen eines Beschuldigten, die klipp und klar beweisen, dass die Mitglieder der Sturmabteilung systematisch auf Verbrechen und Mord dressiert werden. An den Behörden liegt es, aus diesem Prozessergebnis die unbedingt notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Dreissig gegen Einen!

In den Abendstunden des 6. April kamen am nationalsozialistischen Verkehrslokal "Ameise" in der Hauptstrasse in Schöneberg 3 Leute, die Arbeiter Kundt und Kühne, sowie der Zeitungshändler Heimbürger auf dem Nachhauseweg von einer Veranstaltung des Arbeiterschützenbundes vorüber. Vor der "Ameise" standen handelsuchend die nationalsozialistischen Rowdys. Um mit den üblen Gesellen nicht in Konflikt zu geraten, wichen die drei auf die Strasse aus. Das nützte ihnen jedoch nichts, die Nazis folgten ihnen unter den Rufen: "Das ist die Kommune! Haut sie in Klump!" Kundt und Kühne gelang es, den Mordgesellen zu entkommen, Heimbürger fiel ihnen jedoch in die Hände. Etwa 30 Mann stürzten sich mit Schlagringen, Gummiknüppeln und Stahlruten auf den Unglücklichen, schlugen ihn nieder und richteten ihn fürchterlich zu. Als er am Boden lag, traten ihm die vertierten Rohlinge mit den Stiefelabsätzen im Gesicht herum. Trotzdem gelang es Heimbürger zu entweichen und in das Lokal "Rathaus=Eck" zu flüchten. Die Bande folgte ihm jedoch nach und zerrte den Blutüberströmten unter unaufhörlichen Schlägen auf die Strasse zurück. Dann liessen sie den Sterbenden, der neben vielen anderen Verletzungen einen tiefen Lungenstich erhalten hatte, im Blute liegen.

Politische Unterwelt.

Von den 7 Angeklagten sitzen 6 in Haft. Es sind, vielleicht von einem noch sehr jungen Angeklagten abgesehen, ausgesprochen abstossende, verwilderte Typen. - Mit trüben Augen und blassen Gesichtern sitzen sie da, stumpf, abgebrüht, und bis ins Innerste verlogen. Gewalttätige Desperados, die zu feige sind, um für ihre blutigen Taten einzustehen. Einige markieren in provozierender Gelassenheit den Zynismus routinierter Totschläger -, es ist wahrhaft politische Unterwelt, die sich da auf den Angeklagebänken des Schwurgerichts II nieder gelassen hat.

Rädelsführer Timpe.

Neben dem 21jährigen schwächtigen Postaus Helfer Westenberg, der den tödlichen Stich geführt haben soll ist der Hauptangeklagte und eigentliche Rädels-

fürher ein Masseur und Schwimmeister Kurt Timpe, der aussieht wie aus dem Raritätenkabinett der Femezeit herausgeschnitten. Der Typ des hemmungslosen Killers par excellence. Alles an diesem Mann atmet Gewalttätigkeit. Dabei ist das Beschämende an dieser Klapproth-Figur, dass sie in widerlicher Heuchelei die nationalsozialistische Unschuld mimt. Timpe leugnet rundweg alles, versucht so etwas wie einen treuherzigen Augenaufschlag, der bei ihm wie eine Grimmasse wirkt, zuckt die Achseln und sagt mit leider tremolierender Stimme: "Aber Herr Direktor, das kann ja nicht stimmen. Ich bin es bestimmt nicht gewesen - -". Der energische Vorsitzende lächelt etwas skeptisch. Timpe soll der Mann sein, der das Signal zur Abschachtung des unglücklichen Heimbürger gegeben hat. Ein Mitangeklagter hat ausserdem vor dem Untersuchungsrichter bekundet, dass der Masseur besonders wüst mit einem Schlagring auf den wehrlosen Heimbürger eingeschlagen hat. Timpe ist als gewalttätig berüchtigt -, kurz vor dem Mordüberfall auf Heimbürger sprang er ohne jede Ursache auf eine fahrende Strassenbahn und verletzte den Schaffner durch Faustschläge sehr erheblich. Wes Geistes Kind dieser Mann ist, beweist folgende Bemerkung: "Uns war erzählt worden, dass die Kommune etwas plane, auch sollte ein Zeitungshändler von uns misshandelt worden sein. Da kam ich in Erregung, setzte mich in die "Ameise" und trank. -" Was auf diese Art Abreagierung folgte, war der bestialische Mord an Heimbürger.

S.A.-Mann Ilgner enthüllt.

Dann kommt die Sensation. Der Schmied Erwin Ilgner, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und der Sturmabteilungen, macht eine seinen Komplizen Timpe aufs Schwerste belastende Aussage. Vorsitzender: "Sie waren doch vor dem Ueberfall auf Heimbürger auf dem Innsbrucker-Platz. Was haben Sie da gesucht?" Ilgner: "Wir haben das Gelände nach Kommunisten abgegrast." - "Wie war das nun mit Heimbürger?" - Angeklagter (zögernd): "Es kamen drei Leute an der "Ameise" vorbei, die wir für Kommunisten hielten." - "Wieso?" fragt der Vorsitzende. "Sie gingen quer über den Bürgersteig und schauten uns so an..." - Vorsitzender: (sehr erstaunt) "Und das sind Ihre einzigen Anhaltspunkte?!" - Ilgner nickt. "Und was wurde dann?" - Der Angeklagte: (mit leiser, aber fester Stimme) "Timpe gab das Signal: "Los! Auf sie -!" Da schlugen sie alle wahllos drauf." - Vorsitzender: "In der Voruntersuchung haben Sie auch von Waffen gesprochen, die bei dem Angriff benutzt wurden. Wie ist das damit?" - Ilgner: "Wenn ich von Waffen gesprochen habe, so habe ich das getan, weil Nationalsozialisten ja immer Waffen bei sich haben - -!" (Grosse Unruhe und Bewegung bei den Angeklagten, von denen einige wie verzweifelt die Köpfe schütteln). Ilgner (fortfahrend): "Acht bis zehn Mann, vielleicht waren es auch noch mehr, schlugen auf den am Boden Kauernden ein, Timpe und Dietrich waren bestimmt dabei. Timpe rief mir noch zu, den Geschlagenen, der Miene machte fortzulaufen, festzuhalten." Vorsitzender "Sie sollen auch eine Waffe gehabt haben?" - "Ich habe von Dietrich nur einen Lederschläger bekommen. Es wurde nämlich, ehe wir den drei Leuten nachgingen, gefragt, ob jeder was zum Schlagen habe." Die Aufsehen erregenden Bekundungen des Nationalsozialisten Ilgner haben Timpe in grosse Unruhe und Nervosität versetzt. Ziemlich bleich geworden erhebt er sich und ruft, mit einem wilden Seitenblick auf Ilgner, erregt in den Saal: "Ich streite das alles glattweg ab!"

Die Röntgentaler werden dreist!

Inzwischen geht eine Etage höher der Prozess gegen die 18 Röntgentaler-Mörder weiter. Man ist noch immer bei der Vernehmung der Angeklagten, am Ende des zweiten Verhandlungstages waren von den 18 Nationalsozialisten erst 8 vernommen. Ein fünfzehnjähriger Bengel, seines Zeichens Lehrling, leistet sich den Scherz, in getarnter Nationalsozialistentracht, im weissen Sporthemd mit hochgekrempten Aermeln zur Verhandlung zu erscheinen. - kein Mensch rügt diese Unverschämtheit. Am Vormittag lehnt das Gericht den umfangreich begründeten Demonstrationsantrag des so schneidig näselsnden Rechtsanwalts Becker ab. Hitler, Frick und Pfeffer zu laden, ein weiterer Antrag, in Röntgental einen Lokaltermin abzuhalten, wird vorerst zurückgestellt. Die Vernehmung der Angeklagten Kellermann, Wiese, Renner und Hein, die den zweiten Verhandlungstag aus-

füllt, gestaltet sich sehr unergiebig. Die Angeklagten leugnen durchweg mit beispielloser Unverfrorenheit und verwickeln sich jeden Augenblick in die größten Widersprüche. Als ihnen der Staatsanwalt ihre Bekundungen vor Polizei und Untersuchungsrichter vorhält, die im völligen Widerspruch zu den heutigen, ganz offensichtlich frisierten Angaben stehen, werden sie noch frech und erklären in schnoddrigem Tonfall, Polizei und Untersuchungsrichter hätten ihre Aussagen falsch und entstellt wiedergegeben. Eine besonders feine Marke ist der 17jährige Untersekundaner Renner, ein Jüngling mit verkniffen-gewalttätigem Gesicht. Er lügt mit einem Eifer, dass selbst Hitler sein Wohlgefallen an diesen Jünger haben muss. Die ihm bei der Festnahme abgenommene Stahlrute will er im Hausflur gefunden haben, den in seinem Zimmer entdeckten geladenen Trommelrevolver im Wald bei Birkenwerder. Als Renner bei Vorhaltungen des Staatsanwalts frech zu grinsen anfängt, ruft der Staatsanwalt erregt: "Der Angeklagte kann sich das Lachen kaum verbeissen. Ein netter Zustand!" Zu einem sehr heftigen Zusammenstoss zwischen Staatsanwalt und Verteidigern kommt es, als der Anklagevertreter die häufigen Unterhaltungen zwischen Renner und seinem Verteidiger beanstandete. Rechtsanwalt Sack, der Heldentenor der versammelten Rechtsanwälte, brüllt in den Saal: "Ich muss dringend bitten, keine unzulässige Kritik an einem Kollegen zu üben!" Wenn Herr Ohnesorge nicht bald energischer wird, werden wir im Röntgentaler-Prozess vielleicht noch manches erleben können.

Kuka.

+ + +

Autounglück bei Berlin. Auf der Landstrasse von Leipzig nach Berlin fuhr am Dienstag morgen ein von dem Leipziger Kammervirtuosen Georg Naumann gesteuerter Kraftwagen unweit der Stadt Beelitz gegen einen Chausseebaum, riss diesen um und blieb völlig zertrümmert neben dem Chausseegraben auf dem Rübenfelde liegen. Naumann erlitt einen doppelten Armbruch, zwei Brüche des Schienbeins und eine Schädelverletzung. Er wurde in das Beelitzer Krankenhaus gebracht. Seine Begleiterin, die verwitwete Geschäftsinhaberin Frau Langheinrich aus Leipzig, erlitt eine so schwere Schädelverletzung, dass sie bereits auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Wie Naumann, als er im Krankenhaus vorübergehend das Bewusstsein wieder erlangte, erklärte, hat er während der Fahrt einen Schwindelanfall erlitten und die Gewalt über das Steuer verloren. Nach dem Befunde der Polizei und der an die Unglücksstelle entsandten Gerichtskommission scheint das Unglück jedoch auch durch den aussergewöhnlich schlechten Zustand der Landstrasse an der Unglücksstelle mit verschuldet worden zu sein.

+ + +

Ein 50 000 Mark-Gewinn. Am Dienstag wurde bei der Ziehung der vierten Klasse der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie ein Gewinn von 50 000 Mark auf das Los Nummer 324 651 gezogen. Die Ziehung in der vierten Klasse ist am Dienstag beendet worden. Die Hauptziehungen in der fünften Klasse, in denen auch das grosse Los und die beiden Prämien von je 500 000 Mark gezogen werden, finden vom 8. August bis zum 12. September statt.

+ + +

Brückeneinsturz in Jugoslawien. In der Nähe von Laibach stürzte eine Brücke über einen Wasserfall infolge Überlastung durch 20 Personen ein. Ein Mädchen wurde getötet; 17 Personen erlitten schwere Verletzungen.

+ + +

Feuer im Kölner Dom. Am Dienstag brach im Chor des Kölner Doms Feuer aus. Die Feuerwehr griff mit vier Löschzügen ein, sodass der Brand bald gelöscht werden konnte. Ein Beichtstuhl der Johannes-Kapelle wurde vernichtet.

+ + +

Ein Lastauto in einen Bach gestürzt. Auf der Rückfahrt von einem Feuerwehrtage in Böhmisch-Rybná in Ostböhmen verlor der Lenker eines Lastautos, in dem sich zahlreiche Feuerwehrleute befanden, die Gewalt über den Wagen. Das

Auto raste gegen zwei Meilensteine, zertrümmerte ein Brückengeländer, überschlug sich und stürzte in das steinige Bett eines Baches. Bei dem Sturz wurden mehrere Feuerwehrleute aus dem Wagen herausgeschleudert, andere von dem stürzenden Wagen begraben. Etwa 20 Insassen wurden verletzt, darunter 17 schwer. Von den in das nächste Krankenhaus geschafften Verunglückten sind drei nach einer Operation gestorben. Der Lenker des Wagens konnte in der allgemeinen Verwirrung flüchten. Er hat sich später in der Wohnung seiner Eltern erschossen.

+ + +
Springflut in Korea. Die Halbinsel Korea an der ostasiatischen Küste wurde von einer schweren Springflut heimgesucht, die mehr als 120 Todesopfer forderte. Zahlreiche Personen werden vermisst, darunter 50 Geistliche eines Tempels, der durch einen Bergrutsch verschüttet worden ist.

+ + +
Schneefall in Paris. Am Montag abend setzte in Paris plötzlich ein leichter Schneefall ein. Das eigenartige Ereignis findet seine Erklärung darin, dass in den oberen Luftschichten eine für diese Jahreszeit ganz ungewöhnliche Abkühlung eingetreten sein muss.

+ + +
Zugzusammenstoss in England. Auf dem Bahnhof in Grimsby stiessen am Dienstag morgen zwei Personenzüge zusammen. Mehr als 30 Fahrgäste mussten mit mehr oder weniger schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

+ + +
Festnahme eines Betrügers. Die Berliner Polizei verhaftete am Dienstag den Kaufmann Joseph Wacker unter der Beschuldigung, mit anderen bisher noch unbekanntem Komplizen verschiedene Berliner und auswärtige Firmen um grössere Beträge geschädigt zu haben. Wacker hatte seine Waren mit langfristigen Wechseln bezahlt, auf die er gefälschte Bürgschaftsunterschriften gesetzt hatte.

+ + +
Tod eines Violinvirtuosen. Der weltbekannte Violinvirtuose Leopold von Auer ist während eines Erholungsaufenthaltes in Loschwitz bei Dresden im Alter von 85 Jahren gestorben. Auer war lange Zeit in deutschen Städten und auch in Petersburg ansässig gewesen. Zuletzt hatte er in New York gelebt.

+ + +
Genickstarre-Epidemie in Holland. In verschiedenen Teilen der Niederlande ist eine bösertige Genickstarre-Epidemie aufgetreten. In Arnheim mussten zwei Schulen wegen Genickstarre geschlossen werden. Ein Knabe ist bereits der Krankheit erlegen. Auch in das Krankenhaus von Zaandam wurde ein junger Mann eingeliefert, der von dieser Krankheit ergriffen worden war. In Gorredijk ist die Krankheit ebenfalls in bösertiger Form aufgetreten.

+ + +
Mordanschlag in einer Züricher Pension. Ein schweres Verbrechen wurde in einer Züricher Pension aufgedeckt. Als die Hausangestellte aus dem Schlafzimmer der von ihrem Manne getrennt lebenden Frau Klara Schmid das Frühstücksgeschirr herausholen wollte, fand sie die Frau unter einem blutbefleckten Leinentuch im Bette liegen. Der Liebhaber der Frau, der bei ihr die vorausgehende Nacht verbracht hatte, war verschwunden. Die Verletzte wurde mit zwei Kopfschüssen in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus gebracht. Auf Grund der Aussagen der Hausangestellten und an Hand einer Photographie hat die Polizei den aus Barcelona stammenden Kellner Joachim Ros als mutmasslichen Täter ermittelt. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Verdächtigen festzunehmen. Die Ursache des Verbrechens ist unbekannt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Nach dem Lohn das Gehalt.

Zum Konflikt in Nordwest.

SPD. Der Lohnabbaukonflikt in der Eisenindustrie Nordwest geht zu Ende. Die Einzelkämpfe gegen den Akkordlohnabbau dürften noch in dieser Woche zum Abschluss kommen. Die Arbeit in den Betrieben ist fast überall wieder aufgenommen worden. Ganz umsonst war der Widerstand der Arbeiter nicht. Grösstenteils sind in den Verhandlungen gegenüber den vorgesehenen Kürzungen in Akkord sätzen Verbesserungen erzielt worden. Zum Teil erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit natürlich auch zu dem Zweck, die Einstellung fremder Arbeitskräfte zu verhindern oder die Stilllegung von Betrieben und damit eine neue Vermehrung der Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Mit der Kampfpause in der Lohnfrage ist jedoch der durch den Oeynhauser Schiedsspruch geschaffene Konfliktstoff keineswegs beseitigt. Die Arbeitgeber der Nordwestgruppe wollen zugleich mit dem Akkordlohnabbau sozusagen in einem Aufwasch auch den Abbau der Gehälter der Angestellten festlegen. Auch hier werden sich ihre Pläne jedoch durchaus nicht so glatt verwirklichen lassen, wie sie vielleicht glauben. Die Verbindlichkeitserklärung des Oeynhauser Schiedsspruchs hat nicht, wie vielfach angenommen wird, eindeutig die 7½%ige Kürzung der Bezüge auch auf die Angestellten ausgedehnt. Im Spruch ist davon nicht die Rede. Nun läuft der Angestelltentarif noch bis zum 31. Dezember. Eine sofortige Klärung des Streits um die Gehaltskürzung war für die Arbeitgeber also nur auf dem Weg der Kündigung möglich. Diese Kündigung ist erfolgt. Ob in rechtsgültiger Weise, lässt sich im Augenblick nicht klar erkennen. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, hat die Arbeitgebergruppe Nordwest den Angestellten durch Rundschreiben mitgeteilt, dass die übertariflichen Gehälter gekürzt werden sollen. "Wir beabsichtigen", so heisst es in dem Rundschreiben, "die übertariflichen Einkommen der Angestellten zum 1. Januar 1931 zu kürzen, und hoffen Sie, falls Sie noch in unsern Diensten bleiben wollen, mit dieser Regelung einverstanden. Die Festsetzung Ihres neuen Einkommens wird Ihnen bald mitgeteilt werden."

Was sollen die Angestellten mit diesem Rundschreiben? Sie müssen doch von vornherein gleich klipp und klar wissen, wie hoch nun tatsächlich ihr neues Einkommen sein soll. Aber wie dem auch sein mag, jedenfalls hat der Angestelltenrat der Vereinigten Stahlwerke gegen die Kündigung zum Zwecke der Gehaltskürzung Stellung genommen. Wie gemeldet wird, soll es auch bereits vor dem Mühlheimer Arbeitsgericht zu einer Klage im Gehaltsabbaukonflikt gekommen sein. Was jedoch vor dem Arbeitsgericht verhandelt wurde, geht aus den verschiedenen Meldungen nicht klar hervor. Ein Teil der Meldungen spricht von einer Klage der Arbeitgeber wegen Feststellung der Rechtsgültigkeit der 7½-prozentigen Kürzung der übertariflichen Angestelltengehälter in der nordwestlichen Eisenindustrie, Arbeit Nordwest dagegen lässt durch T.U. mitteilen, dass diese Meldung frei erfunden sei. Richtig sei vielmehr folgendes: der Angestelltenrat der Vereinigten Stahlwerke A.G., Stahl- und Walzwerke Thyssen in Mühlheim habe die Zustimmung zur Kündigung der Angestelltenratsmitglieder zwecks Kündigung der übertariflichen Verdienste abgelehnt. Bei der Beschlussfassung dieser Ablehnung habe er gegen zwingende gesetzliche Vorschriften verstossen, sodass tatsächlich ein gesetzlich zulässiger Beschluss des Angestelltenrats über die Ablehnung nicht vorgelegen habe. Voraussetzung für die Anru-

fung des Arbeitsgerichts durch die Vereinigten Stahlwerke A.G. sei aber ein ordnungsmässiger Beschluss des Angestelltenrats. Ein solcher Beschluss müsse daher jetzt nachgeholt werden, bevor eine materielle Entscheidung durch das Arbeitsgericht erfolgen könne. Der Antrag der Vestag, der im übrigen nur auf Zustimmung zur Kündigung der Angestelltenratsmitglieder gehe, habe lediglich infolge des gesetzwidrigen Beschlusses des Angestelltenrats abgelehnt werden müssen. Irgend eine Entscheidung über die Zulässigkeit des Gehaltsabbaues bei Arbeit Nordwest sei nicht gefällt worden, und habe auch nicht gefällt werden können.

Wenn die Dinge so liegen, dann hat es sich bei der Klage vor dem Arbeitsgericht bis jetzt nur um eine verhältnismässig nebensächliche Angelegenheit gehandelt. Einstweilen wird man also zunächst eine Klarstellung des Sachverhalts und den weiteren Verlauf des Konflikts zwischen Angestelltenrat und Vestag abwarten müssen. Eins aber ist klar: Die Arbeitgeber der Nordwestgruppe haben es mit der Durchführung der Gehaltsabbaupläne eilig. Sie wissen, dass in der Öffentlichkeit in der Lohn- und Preisabbaufrage eine gewisse Ernüchterung eingetreten ist. Das Publikum sieht die Preise steigen, aber nicht fallen. Jede Woche wird an irgend einem Punkt das Preisniveau in die Höhe getrieben. An eine gemeinsame Durchführung eines Lohn- und Preisabbaus glaubt heute kein Mensch mehr. Das ist der Grund, warum die Arbeitgeber der Metallindustrie Nordwest so schnell wie möglich nun auch den Gehaltsabbau in der Schwerindustrie auf irgend einer Weise zu verankern suchen. Die Angestellten, deren Tarif neben dem Lohntarif herläuft und zwar noch bis Ende des Jahres, haben allen Grund, diese Drängelei der Arbeitgeber nicht mitzumachen. Wenn sie sich dagegen wehren, unter Berufung auf den Oeynhausener Schiedsspruch in den Gehältern gekürzt zu werden, so sind sie im Recht und haben recht. Aber wird der Reichsarbeitsminister das ihm anvertraute Schlichtungswesen nicht dazu missbrauchen lassen, dass die Lasten der Krise einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abgewälzt werden?

Die Beantwortung dieser Frage hängt nicht zuletzt von dem Ausgang der grossen politischen Entscheidung im Reichstag ab. Verkauft sich die Regierung Brüning mit Haut und Haaren den Rechtsparteien, dann wird der Reichsarbeitsminister diesem politischen Faktum Rechnung tragen. Es wird dann nicht nur in der Sozialversicherung auf Kosten der Arbeitslosen und Kranken, sondern auch in der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter und Angestellten "gespart" werden. Mit brutalem Zynismus wird dann die durch die Riesenarbeitslosigkeit geschwächte Kampfstellung der Arbeitnehmer bis auf Letzte vom Unternehmertum und von den Besitzenden ausgenutzt werden, wenn nicht die Arbeiter und Angestellten sich zusammentun und aufraffen.

SPD. Bei den Landesversicherungsanstalten, d.h. bei der Invalidenversicherung, den Pensionskassen und Zusatzversorgungskassen versucht jetzt die Regierung Brüning mit aller Gewalt 50 Millionen zusammen zu kratzen, die zur Ankurbelung des Baumarktes mit verwendet werden sollen. Die Landesversicherungsanstalten sträuben sich gegen den neuen Pump. Sie haben infolge des Einnahmerückganges, der Rentensteigerung und verschiedenen anderen Ausgabensteigerungen kein überflüssiges Geld. Auf der anderen Seite weiss der Reichsarbeitsminister nicht, wie er in seiner, nun schon seit Wochen von ihm angekündigten Ankurbelung des Baumarktes vom Fleck kommen soll. Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter ist nach wie vor tröstlos gross. Noch immer zeigt sich keine Besserung auf dem Baumarkt. Gewissen Leuten, die anscheinend an eine raschere Durchführung der Baupläne des Reichsarbeitsministers geglaubt haben, ist das peinlich, und daher wollen sie jetzt den früheren sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding für die Lahmlegung des Baugewerbes verantwortlich machen. Sie verweisen auf die seinerzeit vorgenommene Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten zur Defizitdeckung. Diese Zwangsanleihe war gewiss keine schöne Sache und nur ein Notbehelf zur Linderung der Finanz-

kalamität. Aber mit dem Hinweis auf diese Dinge schafft man doch noch keine Rechtfertigung für den Reichsarbeitsminister, wenn Monate nach der Bildung der Regierung Brüning die versprochene Belebung des Baumarkts sich noch immer nicht eingestellt hat. Mit dem Versprechen, den Baumarkt anzukurbeln, sind doch gerade die Bauarbeiter vertröstet worden, weil sie keine Krisenunterstützung erhielten. Man hat ihnen gesagt: besser Arbeit als Krisenunterstützung; die Bauarbeiter können aber nur feststellen, dass sie weder Krisenunterstützung noch Arbeit erhielten. -

Die Finanzierung des Baumarkts und vor allem des Wohnungsbaues ist ein übles Kapitel. Eine beträchtliche Anzahl von Millionen könnte für den Wohnungsbau flott gemacht werden, wenn nicht in den Ländern infolge der politischen Konstellation und Kräftegruppierungen zu viel auf die Interessen der Hausbesitzer Rücksicht genommen würde. Dass auch die Hausbesitzer ein Opfer bringen könnten - auf diesen Einfall kommen die Hausbesitzer-Parteien nicht. Umgekehrt den Hausbesitzern müssen noch die Taschen vollgestopft werden.

Von der Verbilligung des Wohnungsbaues redet man und die Mieten steigert man. Alles möchte an Mietssteigerung und Hauszinssteuern profitieren. Nun kommen auch die Städte und wollen hier Millionen zur Deckung ihres Defizits herauspressen, obwohl sie zur Genüge wissen, dass gerade an der Miete der arme Mensch am wenigsten einer Erhöhung ausweichen kann. An Nahrung und Kleidung kann man schliesslich noch sparen, aber jeder muss ein Dach über dem Kopf haben.

Ankurbelung des Baumarktes, Verbilligung und Vermehrung des Wohnungsraumes für die kleinen Leute - Märchen sind's.

SPD. Zwischen der Belegschaft und der Verwaltung der Adlerwerke in Frankfurt/Main fanden in den letzten Tagen Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitswoche auf 32 Stunden statt. Die Verwaltung erklärte, dass die Absatzstockung eine Produktionsminderung von 30 auf 20 Wagen täglich notwendig mache. Man einigte sich auf eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden. Trotz dieser starken Verkürzung der Arbeitszeit erklärten die Werke, dass zur Durchführung der notwendigen Produktionsminderung die Entlassung von 500 Arbeitern notwendig sei.

SPD. Wiederholt hat die Zentrale der Kommunistischen Partei darüber gejammert, dass ihr Einfluss unter den Landarbeitern gleich Null ist. Um dem abzuhelfen, haben ihre Kreaturen jetzt vor allem in Mitteldeutschland sich zu einem neuen Feldzug gegen den Deutschen Landarbeiter-Verband verstiegen. Wie gewöhnlich, ist Verleumdung ihre Hauptwaffe. So bringt es der "Klassenkampf", das kommunistische Organ für den Bezirk Halle und Merseburg, fertig, in einem Artikel "Landarbeiter nehmt den Kampf auf!" folgende dummdreiste Lüge aufzutischen: "Die Führer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, die Führer des Christlichen Landarbeiter-Verbandes, werden sie den Landarbeitern beistehen? Sie denken nicht daran- Sie stecken mit den Gutsbesitzern unter einer Decke. Sie werden die grössten Anstrengungen machen, um die Landarbeiter vom Kampf abzuhalten, ihren Kampf zu sabotieren. Sie werden die Landarbeiter auf den Ablauf des Tarifs, auf die kommenden Wintermonate vertrösten."

Besonders frech haben sich Kommunisten vor einigen Tagen in Nauendorf im Saalekreis benommen. Sie haben dort eine Fahnenweihe des Verbandes derart gestört, dass eine Abwicklung des Weiheaktes unmöglich war.

Es ist nicht das erstemal, dass die Kommunisten sich den Deutschen Landarbeiter-Verband als Angriffsobjekt ausgesucht haben. Stets ist ihnen das übel aufgestossen, und auch diesmal werden sie den Kummer der Zentrale, dass mit kommunistischen Phrasen unter den Landarbeitern keine Geschäfte zu machen sind, nur vergrössern.

Wirtschaft Technik Handel

Schieles Fettprojekte.

Sinnlos, aber sehr kostspielig.

SPD. Die Agrarpolitik ist auf dem besten Wege, die deutsche Agrarwirtschaft immer mehr in sehr gefährliche Zwangswirtschaftsbahnen zu lenken. Zu den unerhörten Zollerhöhungen trat vor einem Jahr der Weizenvermahlungszwang, der nunmehr zu einer Dauereinrichtung gemacht wurde. In Form des Spiritusbeimischungszwanges zum Benzin werden ungeheure Subventionen für die ostelbische Landwirtschaft ausgeschüttet; nunmehr soll, auf Antrag des Fleischergewerbes, mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien ein Beimischungszwang von deutschem Talg und Schweinefett zur Margarineproduktion eingeführt werden.

Diese Massnahme wird damit begründet, dass die Margarineindustrie ohne irgendwelche Notwendigkeit sich immer mehr von der Verwendung tierischer Fette bei der Margarineherstellung auf die Verwendung pflanzlicher Fette verlegt hat. Es ist richtig, dass der Verbrauch von tierischen Fetten in der Margarineindustrie von 50 bis 60% im Jahre 1913 auf 6% im Jahre 1928 zurückgegangen ist. Die Ursachen dafür liegen in der Entwicklung der Härte-technik für pflanzliche Öle und in der starken Verbilligung dieser pflanzlichen Rohstoffe, ferner darin, dass die Verarbeitung von Talg, insbesondere in der Form von Premier Jus, technisch wesentlich schwieriger ist als die von pflanzlichen Ölen. Die für die Margarineverarbeitung in Frage kommende deutsche Talgerzeugung beträgt insgesamt allerhöchstens 20 000 Tonnen. Wenn die deutsche Margarineindustrie diese geringe Fettmenge nicht aufnimmt, so vor allem deswegen, weil der deutsche Talg ein ganz minderwertiges und dem ausländischen Premier in seiner Qualität weit unterlegenes Produkt ist. Während in der überseeischen Premier-Jus-Fabrikation aufs schärfste darauf geachtet wird, dass das zu verarbeitende Nierenfett sofort nach der Schlachtung vom tierischen Körper getrennt, gewässert und tief gekühlt wird, um dann in grossen Mengen zu einheitlicher Ware verarbeitet zu werden, hält der deutsche Fleischer es für notwendig, dieses Nierenfett erst mal mehrere Tage mit dem Tierkörper verbunden in seinen Laden zu hängen, angeblich, damit der Kunde sieht, welches schönes Tier bei ihm geschlachtet wird. Nach fünf oder acht Tagen wird dieses Fett dann abgetrennt und meist noch länger aufbewahrt, bis es eine grüne Farbe und einen widerlichen Geruch annimmt. Erst dann wird es eingeschmolzen. Je nach dem Fettanfall finden sich dann in einem Fass 15 oder 20 in ihrer Qualität verschiedene Fette, die zusammengeschmolzen werden.

Dass die Margarineindustrie, deren ungeheurer Erfolg in Deutschland nicht zuletzt auf ihren äussersten Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung beruht, sich weigert, solche, auch nach dem Einschmelzen schlecht schmeckende und uneinheitliche Fette zu verarbeiten, ist verständlich. Sie würde dadurch die Qualität ihrer Erzeugnisse stark herabmindern. Es ist heute so, dass die deutsche Taglschmelzenindustrie, wenn von der Margarineindustrie auch nur drei oder vier Waggons einheitlichen Premier Jus guter Qualität verlangt werden, nicht in der Lage ist, einen solchen Auftrag auszuführen. Es ist wahrhaftig ein starkes Stück, durch eine Zwangsbeimischung von deutschem Talg und deutschem Premier Jus (für die Einfuhr wurde eben erst der Zoll von 7 auf 20 Mark erhöht), zur Margarine, diese ungeheuren Misstände in der deutschen Talgver-

wertung verdecken und das deutsche Fleischergerwerbe für seine unhygienische und schlechte Arbeitsweise noch durch Schaffung eines risikolosen Zwangsabsetzes belohnen zu wollen. Würde der Talgabfall in Deutschland in ein Produkt von einwandfreier und einheitlicher Qualität verarbeitet, so dürfte die Margarineindustrie auch ohne irgendwelchen Zwang bereit sein, dieses deutsche Fett zu verarbeiten. Wird ihr jedoch die Abnahme minderwertiger Fette aufgezungen, so wird die Margarineindustrie wahrscheinlich dieses Fett wohl kaufen, aber mit Verlust, um ihren Ruf nicht zu gefährden, an Seifensiedereien wieder abstoßen. Dieser Verlust wird dann selbstverständlich auf die Margarinepreise aufgeschlagen. Dem Fleischergerwerbe wird also auf Kosten der Verbraucher eine Sonderprämie bezahlt.

Dass diese Sonderprämie tatsächlich nur dem Fleischergerwerbe, nicht aber der Landwirtschaft zu gute kommt, geht daraus hervor, dass sich auch bei besserer Talgverwertung die Verwertung eines Stück Rindviehs, das 400 bis 600 Mark kostet, nur um 3.- bis 4.- Mark erhöhen lässt. Dass deswegen das Schlächtergerwerbe der Landwirtschaft für ein Stück Vieh 3.- oder 4.- Mark mehr bezahlt, wird niemand erwarten. Im übrigen würde durch diesen Fettbeimischungszwang dem Fleischergerwerbe ein Mittel in die Hand gegeben, den Preis für den minderwertigen Talg beliebig in die Höhe zu treiben, da ja die Margarineindustrie zur Abnahme gezwungen ist. Es würde sich derselbe Zustand entwickeln wie beim Weizenvermahlungszwang. In den letzten Monaten wurde für die Tonne inländischer Weizens wegen seines Seltenheitswertes bis zu RM 350.- bezahlt.

Aber nicht nur auf die Beimischung von Talg und Premier Jus zur Margarine erstrecken sich die Pläne des Landbundministers Schiele, sondern auch auf die zwangsweise Beimischung von Schmalz. Bereits jetzt liegen die Dinge so, dass inländisches Schmalz im Preise um 20-40% höher bezahlt wird als ausländisches Schmalz und dass, abgesehen von den heißen Sommermonaten, in denen der Schmalzverbrauch der Bevölkerung zurückgeht, keinerlei Schwierigkeiten in der Verwertung deutschen Schmalzes bestehen. Ein Beimischungszwang von Schmalz zu Margarine ist also mehr als überflüssig. Ganz besonders erwähnt werden muss aber hierbei das Projekt, in Berlin mit Reichsmitteln aus dem Fonds des Ministers Schieles eine besondere Fabrik zur Herstellung von deutschem Standardschmalz, das in seiner Qualität dem amerikanischen "Neutral-Lard" ähnlich ist, einzurichten. Dieses "Neutral-Lard" soll zu Preisen, die ca 30-40% über die gegenwärtigen Schmalzpreise liegen, ebenfalls zwangsweise an die Margarineindustrie abgesetzt werden. Während jetzt der geringe Bedarf der Margarineindustrie an "Neutral-Lard" trotz hoher Zölle durch ausländische Ware zu einem Preis, der 30-40% unter den deutschen Schmalzpreisen liegt, gedeckt wird, soll dann derselbe Bedarf auf dem Zwangswege zu Preisen, die rund 100% höher sind, gedeckt werden. Dabei besteht noch der Plan, dass das Reich die Bürgschaft für Ausfälle dieser "Qualitätsschmalzfabrik" übernimmt. Dieses Projekt ist ein typisches Beispiel dafür, wie die ungeheuren Mittel, die das Reichsernährungsministerium für die landwirtschaftliche Hilfsaktion zur Verfügung hat, für sinnlose, aber kostspielige Experimente und ohne Nutzen für die Landwirtschaft verschleudert werden sollen.

Der Beamtensapparat des Reichsernährungsministeriums ist, wie wir schon wiederholt betonen mussten, wohl der schlechteste in allen Reichsministerien. Wenn aber sogar von diesen Beamten darüber geklagt wird, dass, seit der Landbundführer Schiele Minister ist, das ganze Ministerium von Interessentenvertretern überflutet wird und dass überhaupt nur noch reine Interessenpolitik in diesem Ministerium gemacht werde, dann wirft das ein ganz besonders trauriges Licht auf die gegenwärtige Arbeitsweise dieses Ministeriums. Der Plan des Fettbeimischungszwanges zur Margarine ist ein interessanter kleiner Ausschnitt aus dieser Arbeitsmethode. Das Ministerium dürfte sich demnächst nicht mehr nur Ministerium für Ernährung der Landwirtschaft sondern auch Ministerium für Ernährung des Fleischergerwerbes nennen.

SPD. Der deutsche Aussenhandel für den Monat Juni 1930 ergibt einen Ausfuhrüberschuss von rund 100 Millionen Mark, während sich im Monat Juni des Jahres 1929 Einfuhr und Ausfuhr ungefähr die Wage hielten. Die eingetretene Besserung löst keine ungetrübte Freude aus. Einmal sind in dem Überschuss von 100 Millionen Mark für 52 Millionen Mark (im Vorjahr 79 Millionen Mark) Reparationsleistungen enthalten; des anderen ergibt die Bilanz einen Rückgang in der Ausfuhr (reiner Warenverkehr) von 1096,5 Millionen Mark im Mai 1930 auf 910,2 Millionen Mark. Sie hat binnen Monatsfrist um nicht weniger als 186,3 Millionen Mark abgenommen. Die Fertigwarenausfuhr ging von 813,3 Millionen Mark im Monat Mai auf 669,9 Millionen Mark zurück. An dem Gesamtrückgang in unserem Export von 186,3 Millionen Mark ist also der Fertigwarenexport mit 143,4 Millionen Mark beteiligt. Man erklärt die unbefriedigende Entwicklung mit der Saison und mit der Lage auf dem Weltmarkt. Das mag z.Z. zutreffen. Wir werden aber das unangenehme Gefühl nicht los, dass sich die psychologischen Wirkungen des Schieleschen Zollprotektionismus im Auslande bereits praktisch auszuwirken beginnen:

	<u>Juni 1928</u>	<u>Juni 1929</u>	<u>Juni 1930</u>
	(Ausfuhr in Millionen Mark)		
Gesamtausfuhr im reinen Warenverkehr einschliesslich Reparationsleistungen	933,4	1077,2	910,2
Ausfuhr von Lebensmitteln	45,9	59,1	48,1
Rohstoffausfuhr	189,2	228,4	187,2
Fertigwarenausfuhr	698,5	787,6	669,9

An dem Exportrückgang sind so ziemlich alle Waren beteiligt, vor allem Textil- und Fertigwarenfabrikate, Walzwerkserzeugnisse, sonstige Eisenwaren, chemische und pharmazeutische Produkte, Maschinen, die Elektrotechnik, schwefelsaures Kali, Chlorkalium usw.

Die Einfuhr wird mit 813,6 Millionen Mark angegeben. Sie hat sich gegenüber dem Vormonat um etwa 17 Millionen Mark verringert. Die Differenz dürfte sich verkleinern, wenn die noch ausstehenden Zollabrechnungen einbezogen werden. Die Gesamteinfuhr liegt jedoch wesentlich unter der der beiden Vorjahre (im Juni 1928 = 1108,4, Juni 1929 = 1079,8 Millionen Mark). Die Lebensmitteleinfuhr ist von 209,2 Millionen Mark auf 215 Millionen Mark gestiegen. Die Rohstoffeinfuhr bewegt sich mit 440,6 Millionen Mark unter dem Stand des Vormonats (453,5 Millionen Mark) und unter Vorjahrsstand (Juni 1929 = 585,2 Millionen Mark, Juni 1928 = 578,8 Millionen Mark).

Für das erste Halbjahr 1930 ergibt sich rechnerisch ein Ausfuhrüberschuss von rund 500 Millionen Mark (einschliesslich Reparationsleistungen). Im ersten Halbjahr 1929 wies die Handelsbilanz einen Einfuhrüberschuss von 275 Millionen Mark aus.

SPD. Der Reichswirtschaftsrat hat sich ungefähr ein halbes Jahr lang mit einer Fülle von industriellen Zollerhöhungen befasst. Die Verhandlungen, die teilweise zur Ablehnung der Zollanträge, teilweise aber auch zur Befürwortung von Zollanträgen führten, waren sehr schwierig. Ohne Prüfung sollen die Zollerhöhungsanträge nun im Reichstag noch vor den Ferien durchgepeitscht werden.

Dass eine solche Erledigung von tiefgreifenden Zolländerungen, die in ihrer Gesamtheit ohne Zweifel geeignet sind, die Tendenzen zu Preiserhöhungen im Gegensatz zu dem verkündeten Regierungsziel der Preissenkung zu stärken, nur möglich ist, wenn auf eine ernsthafte sachliche Durchberatung der einzelnen Positionen verzichtet wird, kann keinem Zweifel unterliegen. Der Reichswirtschaftsrat konnte bei dem Druck auf Beschleunigung, der von der Regierung und vom Reichstag auf ihn ausgeübt worden ist, der Regierung nur die Abstim-

mungsergebnisse zu den einzelnen Positionen mitteilen ohne Begründung des Standpunktes der jeweiligen Mehrheit und Minderheit. Da nun die Mehrheiten für manche Zollerhöhungsanträge ausserordentlich knapp waren und da erfahrungsgemäss in solchen Fällen am Reichswirtschaftsrat die Frage, ob eine knappe Mehrheit zustande kommt, oft von Zufälligkeiten abhängig ist, kann es keinem Zweifel unterliegen, dass der Reichstag, wenn er sich seiner Verantwortung bewusst ist, die Pflicht hat, die Entscheidungen und die Verhandlungsprotokolle des Reichswirtschaftsrats lediglich als Material für eine gründliche eigene Meinungsbildung zu benutzen. Das ist umso notwendiger, als eine Häufung von industriellen Zollerhöhungen in diesem Augenblick, abgesehen von ihren möglichen Wirkungen auf das Preisniveau, auch die Gefahr sehr unerwünschter Rückwirkungen auf unser Handelsvertragssystem ausüben könnte. Es wäre unverantwortlich, wenn angesichts dieser Lage der Reichstag im Sturmtempo der letzten Verhandlungstage über eine Fülle von Zollanträgen gleichsam am laufenden Bande entscheiden würde. Einer Neigung, in dieser Weise den Wünschen einiger industrieller Interessengruppen nachzukommen, müsste mit aller Schärfe entgegengetreten werden, denn das mindeste, was jede Reichstagsmehrheit anerkennen sollte, ist, dass bei Zollbeschlüssen nicht die ernsthafte Beratung der Fixigkeit zum Opfer gebracht wird.

Berliner Viehmarkt.

(15. Juli 1930).

SPD. Das charakteristische Merkmal war die Preissteigerung für Schweine, die allerdings alljährlich um diese Zeit eintritt. Der Berliner Markt richtete sich durchaus nach den westdeutschen Plätzen, wo schärfere Preissteigerungen vor sich gegangen sind. Die Verkäufer hielten sich aber stark zurück. Da der Auftrieb sehr klein war, konnten sich Preiserhöhungen im Ausmass von drei bis vier Pfennigen pro Pfund Lebendgewicht durchsetzen. Der Kälbermarkt hatte ruhigen Handel. Die Preisentwicklung war einheitlich. Beste Mast- und Saugkälber gaben im Preise nach. Auch auf dem Rindermarkt hätte der Auftrieb grösser sein können. Die Preise zogen in den meisten Klassen an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 43 - 48 (voriger Markt) 42 - 48), b) 37 - 42 (35 - 40), c) 30 - 35 (28 - 43) d) 26 - 28 (25 - 27), Kälber: a) - (-), b) 66 - 70 (66 - 72), c) 53 - 65 (53 - 65), d) 40 - 50 (40 - 50), Schweine: a) (über 300 Pfund) 65 - 66 (60), b) (240-300 Pfd.) 65 - 68 (60 - 63), c) (200 - 240 Pfd.) 66 - 68 (61 - 64), d) (160-200 Pfd.), 65 - 67 (60 - 63), e) (120 - 160 Pfd.) 62 - 65 (58 - 60), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 60 - (55 - 56).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 15. Juli: I. 145 Mark, II. 135 Mark, III. 110 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.

Festere Auslandsmeldungen.

(Berliner Getreidebörse vom 15. Juli)

SPD. Durch die festeren Auslandsmeldungen und eine Belebung am Mehlmarkt wurde die Berliner Produktenbörse angeregt, sodass die Stimmung fest blieb. Das Geschäft am Promptmarkt ist allerdings nach wie vor nicht sehr gross, da die Landwirtschaft mit Abgebot infolge des unbeständigen Wetters zurückhält. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte konnte sich Weizen um 2½ bis 3 Mark, Roggen um etwa 1½ Mark bessern. Wesentlich fester lag Hafer, da die Provinz am Lieferungsmarkte grössere Kauflust zeigte. Infolgedessen waren die Notierungen per Herbst bis zu 8 Mark erhöht. Am Promptmarkt waren die Preise ebenfalls fester, wenn auch die Gewinne nicht ebenso hoch lagen wie am Markte der Zeitgeschäfte. Wintergerste war in guten Qualitäten etwas weniger offeriert die Preise zogen infolgedessen an.

	<u>14. Juli</u>	<u>15. Juli</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriergerste	170 - 190	170 - 190
Hafer	167 - 173	172 - 180
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,50-40,25	32,50-40,25
Roggenmehl	22,85-25,40	23,00-25,50
Weizenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00
Roggenkleie	10,00-10,60	10,00-10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 289, September 262-261½, Oktober 264½-264 Brief, Dezember 271-272. Roggen Juli 178, September 185, Oktober 188½, Dezember 194-195½. Hafer Juli-, September 189-187 Brief, Oktober 193½-191, Dezember 195-194.

Rauhfuttermarkt.

(Berlin, 15. Juli)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM.	0,95 - 1,10
" Weizenstroh	"	"	0,80 - 1,00
" Haferstroh	"	"	-,55 - -,65
" Gerstenstroh	"	"	-,55 - -,65
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	-,80 - -,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	-,65 - -,75
" Weizenstroh	"	-,55 - -,65
	Tendenz still.		
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,50 - 1,75
Gutes Heu, gesund und trocken	"	2,00 - 2,35
Luzerne, lose	"	2,50 - 2,80
Thymothee, lose	"	2,50 - 2,80
Kleeheu, lose	"	2,40 - 2,60
Drahtgepresstes Heu	Pf.	40 über Notiz.
	Tendenz stetig.		

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

2. Tag. IV. Klasse - Vormittagsziehung vom 15. Juli.

2 Gewinne zu je	50.000 Mk.	324651						
2 Gewinne zu je	10.000 Mk.	122805						
2 Gewinne zu je	5.000 Mk.	248302						
2 Gewinne zu je	3.000 Mk.	55718						
4 Gewinne zu je	2.000 Mk.	18036	112689					
6 Gewinne zu je	1.000 Mk.	131443	207333	218707				
16 Gewinne zu je	800 Mk.	19480	32402	100564	211582	259514	267985	
		343907	398162					
20 Gewinne zu je	500 Mk.	15681	63283	68193	98093	143771	207556	
		303670	328646	353284	380834			
84 Gewinne zu je	400 Mk.	4076	19561	35432	45410	46683	47090	
		56267	67857	80540	81222	83227	88609	
		106275	125725	133097	134360	143599	160183	
		164500	171620	186107	209532	210456	239658	
		243070	264681	268233	270857	273111	274106	
		276354	276418	304522	305589	318194	334941	
		340229	358817	368247	374258	383207	391558	
228 Gewinne zu je	300 Mk.	4580	7025	8292	9389	10033	11864	
		12567	14822	15603	18569	18939	21951	
		24222	28404	29735	30052	31768	32020	
		39014	40701	54199	54649	62514	62601	
		69081	71178	72846	74441	77601	78501	
		81353	83815	84881	87743	89955	97732	
		98741	101197	107234	109114	109619	109880	
		113158	116017	118776	125836	132247	132283	
		136074	137302	137548	139877	146144	152055	
		158792	159179	162385	172263	172275	179458	
		184652	185773	191471	193171	193317	196028	
		199726	207998	208284	209592	237956	241285	
		244944	246556	246835	252578	255841	256985	
		258021	258520	263489	266312	274891	284647	
		285324	285365	288229	289350	289795	292531	
		298533	298851	302345	308893	313412	313952	
		319636	321742	322205	323897	327891	333336	
		347339	350531	360565	361271	368852	369398	
		374648	381282	386107	386813	392015	398872	

2. Tag. IV. Klasse - Nachmittagsziehung vom 15. Juli.

2 Gewinne zu je	3.000 Mk.	19033						
2 Gewinne zu je	2.000 Mk.	66246						
6 Gewinne zu je	1.000 Mk.	149627	229791	367334				
4 Gewinne zu je	800 Mk.	110274	221777					
24 Gewinne zu je	500 Mk.	4918	75585	79758	82382	105798	141239	
		169774	228267	282056	284993	288108	306482	
110 Gewinne zu je	400 Mk.	9778	31577	35148	52108	61812	77810	
		96880	100905	107563	107771	112256	120854	
		142334	142633	159534	178515	200953	201024	
		202700	204888	206592	213242	232880	242775	
		253934	256457	259307	261871	262641	272482	
		280413	287176	287304	288739	291079	292427	

	293740	295692	304532	308750	309039	314866	
	323781	333718	344689	369553	372650	384839	
	388159	390385	392254	392406	394093	397561	
	397734						
260 Gewinne zu je	300 Mk..	3005	4552	10712	13429	15297	17823
		21913	30308	35931	39028	39717	41190
		41616	41697	42061	42852	45533	54417
		60474	63500	64001	65526	71743	75461
		77814	78769	80572	82584	85476	85500
		86157	86985	87961	89789	91696	97500
		100588	100956	102097	113722	116572	116592
		117527	122215	131718	134676	136222	137966
		144110	152347	158941	165903	166709	168458
		173220	177370	179305	180142	183397	183442
		184546	190537	192023	195334	201466	204889
		208109	212833	213887	223046	223083	223438
		225833	226478	228811	230283	230301	230590
		233180	246853	247546	249930	253826	258909
		272464	273169	276950	277201	281637	288290
		289962	289963	295295	296239	297023	297747
		302128	303567	303941	305177	306667	308693
		309102	314284	317854	329061	329354	329462
		334949	340817	341029	345705	346978	350060
		352464	354271	361960	368331	375747	377414
		378240	379545	380174	380305	381740	384219
		385488	391400	398812	399780.		

SPD.

Die Ziehung der V. Klasse der 35. Preussisch-Süddeutschen (261 Preuss.) Klassen-Lotterie findet statt vom 8. August bis 12. September 1930.

Deutscher Reichstag

200. Sitzung vom 15. Juli, 3 Uhr.

SPD. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Ausschussbericht über die Anträge zur Neuroder Grubenkatastrophe. Auf Antrag des Abg. Drewitz (Wirt.,Pt.) wird die Tagesordnung dahin ergänzt, dass mit der Beratung der Dekungsvorlage der wirtschaftsparteiliche Antrag auf Reichstagsauflösung verbunden wird. Zur Neuroder Grubenkatastrophe empfiehlt der Ausschuss einen Antrag, der die Regierung ersucht, mit grösster Beschleunigung die Ursache des Unglücks festzustellen und alle Massnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern. In einer Ausschuss-Entschliessung wird die Reichsregierung ersucht, aus Anlass der grossen Grubenkatastrophe Neurode bis zu 1 Million Reichsmark dem Fonds beim Oberbergamt Breslau zur Verfügung zu stellen mit der Massgabe, dass auch bei vorangegangenen und etwa nachfolgenden Einzelunfällen des niederschlesischen Bergbaues aus diesen Mitteln Beihilfen gewährt werden können.

Abg. Jadasch (Komm.) erklärt, die Grubenkatastrophe sei dadurch verschuldet worden, dass die Verwaltung der Wenzeslaus-Grube die Sicherheitsvorschriften gröblich verletzt und dadurch die furchtbaren Wirkungen des Kohlensäure-Ausbruchs ermöglicht habe. Die schuldigen Direktoren der Grube müssten sofort verhaftet werden.

Abg. Limbertz (Soz.):

Wenn jemand für die Bergarbeiter und ihre Sicherheit das Menschenmögliche getan hat, dann war es meine Partei und der Bergarbeiterverband. (Gebrüll der Komm., Beifall der Soz., - Mehrere Kommunisten werden wegen schwerer Beschimpfungen des Redners zur Ordnung gerufen.) Seit vierzig Jahren hat der Bergarbeiterverband im Kampf gegen die Zechenherren und die Staatsgewalt sich durchgesetzt. Mehr als einmal hat unser unvergesslicher Otto Hue von dieser Stelle aus an das Gewissen der Oeffentlichkeit appelliert, was an Schutzbestimmungen vorhanden ist, danken die Bergarbeiter ihrer Organisation und unserer Partei. Wir lehnen es ab, heute schon ein Urteil über die Schuldfrage zu fällen. Wir lehnen es aber auch ab, uns von solchen Leuten belehren zu lassen, die noch nicht einmal ihre Nase in ein Bergwerk gesteckt haben. (Gebrüll der Komm., - Sehr wahr! bei den Soz.) Aus dem umfangreichen Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der Kohlensäureausbrüche im schlesischen Bergbau, an dem auch die Arbeitervertreter mitgearbeitet haben, geht hervor, dass gegenüber diesen noch neuartigen Erscheinungen alles geschehen ist, was getan werden konnte. Von 1901 bis 1910 hatten die Kohlensäureausbrüche in Niederschlesien 8,1 % Unfälle zur Folge, von 1911 bis 1920 noch 4,2 % und von 1921 bis 1929 nur 2,2%. Das spricht dafür, dass die Vorsichtsmassnahmen genützt haben. (Ruf von den Komm.: Wo hast Du diese Zahlen her?) Aus dem Bericht den Sie auch studieren sollten, wenn Sie mitreden wollen. (Sehr gut! bei den Soz., - Geschrei der Komm.) Wenn trotzdem ein so furchtbares Unglück passiert ist, so kann man nicht vor Abschluss der Untersuchung behaupten, dass jemand daran schuld ist. Die Einzelangaben des Vorredners sind auch unrichtig. Es kommen doch auch in Russland Bergwerksunglücke vor. Erst vor kurzem mit 27 Toten, dann wieder ein Eisenbahnunglück mit 39 Toten. Warum schreien Sie nicht darüber? Die allgemeinen Sicherheitsmassnahmen im deutschen Bergbau und die Mitwirkung der Arbeiter daran stehen jedenfalls weit über dem, was in Russland auf diesem Gebiet vorhanden ist. Wir werden auch weiter für die Sicherung der Bergleute arbeiten und uns nicht irre machen lassen durch Ihr Theater. (Lebh., Beifall der Soz., - Andauern des Geschrei der Komm.)

Der Ausschussantrag - Reichshilfe bis zu 1 Million Mark - wird mit grosser Mehrheit angenommen, - Es folgt die zweite Beratung des Weingesetzes.

Abg. Dr. Diez-Baden (Ztr.) spricht über Krankheiten des Steinstocks und gesetzliche Schutzmassnahmen.

Abg. Putz (Komm.) bezeichnet in einer Erklärung die Not der Winzer als Spezialfall der allgemeinen Not der Werktätigen und fordert die Winzer zum Kampf gegen den Kapitalismus auf.

Das Weingesetz wird in zweiter und dritter Lesung mit geringfügigen Änderungen verabschiedet. — Es folgen die Deckungsvorlagen. Die Berichterstatter — darunter Abg. Steinkopf (Soz.) — verzichten auf das Wort. Um 15,45 Uhr beginnt

Reichskanzler Dr. Brüning

unter allgemeiner Spannung mit seiner Rede: Angesichts der gesamtpolitischen Lage und der wochenlangen Verhandlungen ist es wohl nicht notwendig, hier noch viele Worte zu machen. Das Volk verlangt eine Entscheidung, aber nicht weitere Reden und Verhandlungen. Ueber dem Volk liegt das dunkle Gefühl der Unsicherheit, das belastend für die Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft wirkt. Das Volk hat das starke Gefühl (Zuruf von den Komm.:... "dass Sie verschwinden müssen!"), dass wir in dieser schwierigen Situation Taten zeigen müssen und nicht Reden. Die Forderungen der Regierung, die für die Sanierung besonders der Arbeitslosenversicherung unerlässlich sind, sind nicht überall verstanden worden. Die völlig neuartige wirtschaftliche Entwicklung mit ihrer Umstürzung der Warenpreise zwingt alle Regierungen von jeder denkbaren Zusammensetzung, die Etatvoreinschätzung ausserordentlich gewissenhaft zu betreiben. Was die Reichsregierung vor Wochen erkannt und ausgesprochen hat, bestätigt sich, dass es sich hier nicht um eine Konjunkturerscheinung, sondern um eine dauernde Strukturwandlung der Weltwirtschaft handelt. Die ungeheuren Aufgaben dieser Situation sind noch schwieriger zu lösen, als die des bisher für Deutschland schwierigsten Jahres 1923. Die befestigte Währung erleichtert zwar die Aufgabe um etwas, aber die bisherigen Krisen waren fast ausschliesslich auf Deutschland beschränkt. Die Regierung darf ihre Pflicht vor der Geschichte und vor dem Deutschen Volk, alle notwendigen Massnahmen durchzusetzen, nicht verletzen, sondern sie muss den Mut aufbringen, den Parteien, die die Verantwortung mit tragen, zuzumuten, dem Deutschen Volk zur Sicherung der Finanzen neue Opfer aufzuerlegen. Zu schrankenlosem Pessimismus ist kein Grund, weil Deutschland einen Vorteil gegenüber anderen Ländern hat: ein Land mit einem starken agrarischen Hintergrund und mit einer hauptsächlich auf Veredlungsarbeit beruhende Industrie zu sein. Sinkende Rohstoffpreise, sinkende Zinssätze bedeuten also für unser Land nicht den Beginn des Abstiegs, sondern den eines neuen Wiederaufstiegs. Dieser Wiederaufstieg hat zur Voraussetzung, dass die von uns vorgeschlagenen Massnahmen auch wirklich durchgeführt werden, insbesondere die Arbeitsbeschaffung und die dafür notwendige Deckung des Defizits. Ohne Mittel kann kein Ostprogramm, kann keine Sanierung der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien).

Die Entscheidung über die Deckungsvorlage der Reichsregierung darf unmöglich aufgeschoben werden. Es besteht keine andere Möglichkeit der Deckung, als die von der Regierung vorgeschlagene. (Widerspruch links) Die Regierungsvorschläge hat der Ausschuss durch Annahme des Artikels I auch grundsätzlich gebilligt. Das bedeutet die Anerkennung der Notwendigkeit, drei Wege einzuschlagen, nämlich den Zuschlag zur Einkommensteuer, die Reichshilfe und die Ledigensteuer. Der Ausschuss hat damit zugleich die Unmöglichkeit jeglichen Aufschubs anerkannt, wenn nicht der Fonds zur Tilgung der schwebenden Schulden von 450 Millionen aus der Lex Schacht angegriffen werden soll. Leider müssen wir während der furchtbarsten Krise alle Deckungs- und Sanierungsmassnahmen nachholen, die in den letzten Jahren nicht rechtzeitig erledigt worden sind. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien)

Wenn das Parlament diese seine Aufgabe nicht erfüllt, ist es auch nicht möglich, im Herbst die grossen wiederholt angekündigten Reformmassnahmen durchzuführen. Jetzt machen wir nach einem Wort des Vizekanzlers nur Auf=räumungsarbeit. Es geht nicht an, dass das Reich für die Einnahmen der Länder und Gemeinden verantwortlich ist, aber keinen Einfluss auf die Ausgaben hat. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien) Wir müssen ein Finanzsystem schaffen, bei dem Länder und Gemeinden zugleich für Ausgaben und Einnahmen verantwort=lich sind. Nur so kann man Sparsamkeit erzielen und darauf verzichten, ein=schneidende Eingriffe in die Einzelinteressen der Länder und Gemeinden vorzu=nehmen, was wahrscheinlich auch an verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten scheitern würde. Im Rahmen des Finanzprogramm muss ein finanziell auf mehrere Jahre gesichertes Bauprogramm zur weitgehenden Milderung der Wohnungsnot und zum Umbau der Wohnungswirtschaft geschaffen werden. Das lässt sich nicht in einem Jahre oder in wenigen Monaten erledigen. Ich will hier nicht Verspre=chungen machen, die nicht sofort eingelöst werden können. Wir müssen vermeiden, dass wir jedes Jahr wechselnden Koalitionen und mit wechselnden Stimmungen arbeiten müssen, und durchsetzen, dass eine Politik auf lange Sicht nach ein=heitlichem Plan gesetzlich verankert wird. Das ist das Ziel der Regierung für den Herbst.

Die Reichsregierung ist der Ueberzeugung, dass das hohe Haus sich dieser Verantwortung trotz aller Schwierigkeiten bewusst sein wird. Eine grosse Stun=de für den Deutschen Reichstag ist gekommen. (Lärmende Zurufe bei den Komm.) Bringt der Reichstag nach der Hoffnung der Reichsregierung das notwendige Mass von Verantwortung auf, dann hat er zur Sicherung des Parlamentarismus und der Demokratie mehr getan, als in früheren Jahren. Demokratie und Parlament werden gesichert und durch den Mut zur Verantwortung unpopulärer Massnahmen (Aha=Rufe bei den Komm.) als durch Gesetze. Sollte es nicht möglich sein, den Reichs=tag zu dieser Geschlossenheit seiner Aktionen zu bringen, so wird die Reichs=regierung denn im Interesse der Demokratie von allen verfassungsmässigen Mit=teln Gebrauch machen, die zur Deckung des Defizits notwendig sind. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Abg. Esser (Ztr.) beantragt, mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichs=kanzlers die Beratung der Vorlage nicht in der üblichen geschäftsmässigen Form vorzunehmen, sondern die Entscheidung dadurch zu beschleunigen, dass nur über den Artikel I der Vorlage mit viertelstündiger Redezeit beraten und dann durch eine Abstimmung die Entscheidung herbeigeführt wird. (Grosse Unruhe links).

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, dieser Vorschlag Esser bedeute eine solche Abweichung von allen ge=schäftsordnungsmässigen Gepflogenheiten, dass die Sozialdemokratische Fraktion erst dazu in einer Sitzung Stellung nehmen müsse. Er beantragt, die Weiterbe=ratung um eine Stunde zu unterbrechen.

Abg. Torgler (Komm.) protestiert gegen den Vorschlag Esser. Es sei nicht angängig, eine für die Arbeiterschaft so bedeutsame Vorlage in der Weise zu erledigen, dass man die Beratung abwürgt.

Es wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten beschlossen, die Beratung um eine Stunde zu unterbrechen.

In der neuen Sitzung wird beschlossen, die Redezeit auf eine halbe Stun=de festzusetzen.

Abg. Keil (Soz.): Die Rede des Kanzlers hat keinen Zweifel gelassen, dass wir von der Re=regierung Brüning in eine Lage hineinmanövriert worden sind, die bedrohlich ist, wenn der Reichstag es gestattet, auf dem bisherigen Wege weiterzugehen. Grosse Volkskreise, als deren Vertreter wir uns ansehen, stehen der Regierung mit dem

grössten Misstrauen gegenüber. Andere Kreise, die beim Antritt der Regierung Brüning ihr zujubelten in der Hoffnung, dass endlich die starke Regierung gekommen sei, sind heute bitter enttäuscht. Die Regierung befindet sich in einer Sackgasse und findet das Zurück nicht. Es ist ihr nicht gelungen, für ihre Dekungsvorlagen im Ausschuss eine Mehrheit zu erhalten, auch nicht für den Artikel I. Nun rechnet sie auf die Deutschnationalen und wie es damit steht, wird sich ja sehr bald zeigen. Eine Oppositionspartei, die sich in dieser hochernsten Situation ihrer Verantwortung nicht bewusst wäre, die könnte über das Schicksal der Regierung Brüning Schadenfreude empfinden. In der Sozialdemokratischen Fraktion findet ein solches Gefühl keinen Raum. Dazu ist die Lage des Staates und der Wirtschaft viel zu ernst. (Andauernde lärmende Hohnrufe der Komm.) Die Sozialdemokratie ist sich ihrer Verantwortung für Staat und Wirtschaft stets bewusst gewesen, ob sie Regierungs- oder Oppositionspartei war. Trotz aller Bruskierungen, die der sozialdemokratischen Partei zuteil geworden sind, hat sie nie Opposition um jeden Preis getrieben und niemals sich der Politik des "Alles oder nichts" verschrieben. Unsere Fraktion ist sich bewusst, dass Millionen in den Strudel der Wirtschaftskrise hineingerissene oder um ihre Existenz gebrachten Menschen ihre ganze Hoffnung auf die Sozialdemokratie richten (Lärmendes Gelächter der Komm.), Menschen, die sich vollkommen im Klären sind, dass ihr Los mit dem des demokratischen Staates und seiner Finanzen auf das Allerengste verknüpft ist. Die Sozialdemokratie hat deshalb mit der Kritik an der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning, die sie zu üben genötigt war, sorgfältig erwogene positive Vorschläge gemacht, die zur Lösung des Problems geeignet waren oder mindestens dazu beitragen konnten. Das ist zuletzt noch in der ersten Lesung dieser Vorlagen durch unsern Sprecher Dr. Hertz geschehen. Unsere Vorschläge erkennen die Dringlichkeit einer Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt an. Die Regierungsvorschläge aber sind, auf die Dauer gesehen, unzulänglich. Wir fordern rücksichtslose Sparsamkeit (Gelächter rechts), aber wir fordern sie dort, wo sie ohne Verletzung der Verpflichtungen des Reiches gegenüber den unschuldigen Opfern der planlosen kapitalistischen Wirtschaft möglich ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine Sparpolitik, die das grosse Heer jener Menschen, die gegen ihren Willen aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen oder in diesem Prozess krank geworden oder verstümmelt worden sind, dem Hungertod preisgeben würde, macht die Sozialdemokratie nicht mit. Unter Wahrung dieser Gesichtspunkte sind Ersparnisse im Reichshaushalt in viel grösserem Ausmass möglich, als die Regierung vorschlägt. Es ist die verfassungsmässige Pflicht des Reichstags, den Reichshaushalt in Ordnung zu halten und daher auch die möglichen Ersparnisse selbst zu beschliessen; täte er das nicht, so würde er eine seiner Hauptaufgaben verletzen und gegen Sinn Geist und Wortlaut der Verfassung verstossen. (Lebh. Zustimmung der Soz.) Wir werden unsere Sparvorschläge wiederholen, die auch den Bedürfnissen der Wirtschaft in höherem Grade gerecht werden, als die Vorschläge der Regierung und der Regierungsparteien, nämlich dem Erfordernis, die Kaufkraft der Massen zu schonen und zu stärken.

Da wir aber wissen, dass auch mit den von uns vorgeschlagenen Abstrichen allein noch nicht die Deckung zu erreichen ist, schlagen wir steuerliche Massnahmen vor, die der Gerechtigkeit entsprechen. Wir haben den 10%igen Steuerzuschlag auf die tragfähigen Einkommen vorgeschlagen. Die Einwände dagegen sind nicht wirtschaftlicher, sondern parteipolitischer und egoistischer Art. Die Regierung selbst schlägt einen 5%igen Zuschlag vor. Der Unterschied zwischen 5 und 10 % Zuschlag beträgt bei 100.000 Mark Einkommen etwa 1.500 Mark. Niemand wird behaupten wollen, dass diese Belastung für das Wirtschaftsleben schwerere Folgen hätte, als die Mehrbelastung von 2 bis 300 armen Teufeln mit der vorgeschlagenen Kopfsteuer, die etwa ebenso viel bringt. Selbst die schärfsten Vertreter grosskapitalistischer Interessen werden nicht leugnen können,

dass der zunächst für ein Jahr vorgesehene Zuschlag von einem Millionär nicht leichter gezahlt werden könnte, als die Kopfsteuer von den Neuroder Bergarbeitern. (Lebh. Zustimmung der Soz.)

Zur Reichshilfe der Beamten verlangen wir eine einschränkende Umschreibung des Angestelltenbegriffs. Die Reichshilfe soll mit dazu dienen, die in Erwerbslosigkeit Geratenden über Wasser zu halten; es wäre sinnwidrig und unsozial, Personen, die morgen selbst erwerbslos sein können, heute in die Reichshilfe einzubeziehen! Die Freigrenze muss gezogen werden, als bei dem kümmerlichen Jahreseinkommen von 2.000 Mark. Ganz unerträglich wäre es, die Reichshilfe nach dem Einkommen statt nach der Lohnsteuer zu bemessen, denn sonst würde der progressive Charakter der Einkommensteuer bei diesem Zuschlag in einen degressiven verhandelt werden. Endlich darf auch nicht an den Aufsichtsratsbezügen vorübergegangen werden; diese müheless erworbenen Pfründen sind sogar in der Vorkriegszeit steuerlich erfasst worden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die schwersten Bedenken hegen wir gegen die Ledigensteuer, die in unser ganzes Reichssteuersystem nicht hineinpasst. In der vorliegenden Gestalt würden Personen, die unter Umständen viel höhere Familienpflichten haben, als Verheiratete von der Steuer getroffen, während die Verheirateten von ihr freibleiben würden. Leider haben im Steuerausschuss unsere Vorschläge nicht eine so sorgfältige Prüfung erfahren, wie wir erwarten konnten, wir werden sie daher im Plenum wiederholen.

Die Kopfsteuer ist die roheste und unsozialste Steuer, die sich ersinnen lässt. Sie ist auch ein Verwaltungsproblem, und der Reichsfinanzminister hat erst vor wenigen Tagen die stärksten Bedenken dagegen erhoben. Zwingt man jeden ohne Unterschied, diese Steuer zu entrichten, so müsste man ihm logischerweise auch ein gewisses Mindesteinkommen garantieren. (Sehr gut! Links)

Das Allerbedenklichste an der Regierungsvorlage ist die Verknüpfung der Deckungsvorschläge mit rücksichtslosen Angriffen auf die sozialpolitischen Einrichtungen. Wenn wir bereit sind, an einer Deckung mitzuwirken, die unseren Forderungen Rechnung trägt, so soll sie die sozialen Einrichtungen sichern, nicht aber sie abbauen.

Die politische Hauptfrage ist, wie die Regierung ihre Vorlage durchbringen will. Der Reichskanzler hat die Annahme des Artikels I im Ausschuss erwähnt, ihr aber eine Deutung gegeben, die zum schärfsten Widerspruch herausfordert. Die Annahme ist im Ausschuss nicht mit der Mehrheit des Ausschusses, sondern mit der Mehrheit der Abstimmenden, und die grösste Fraktion hat sich der Stimme enthalten, nicht wegen des materiellen Inhalts, sondern weil es sich um die formale Grundlage handelte, und weil wir die Gelegenheit haben wollten, unsere materielle Stellung nach dem Schicksal unserer Verbesserungsanträge einzurichten, auch war ja noch eine zweite Lesung vorgesehen. Es ist feststehender Gebrauch, dass die endgültige Haltung zu einem Gesetzwerk erst bei der Schlussabstimmung eingenommen wird, und es ist höchst illoyal, den Parteien wegen ihres Verhaltens zu einzelnen Paragraphen oder Gesetzen anderen Motive zu unterstellen, als durch ihre eigene Erklärung gegeben sind.

Nun hat der Reichskanzler an die Rechte appelliert. Er wird dort nicht die erwünschte Geneigtheit finden. Aber vielleicht geschieht wie im April noch ein Wunder. Vielleicht erfreut uns Herr Hugenberg wieder mit einer so zielklaren prinzipienfesten und konsequenten Rede, wie im April. (Heiterkeit). Wenn das aber nicht geschieht, so will der Reichskanzler "alle verfassungsmässigen Mittel" anwenden. Er hat nicht klar gesagt, was er damit meint. Ein verfassungsmässiges Mittel wäre der Rücktritt der Regierung, ein anderes die Auflösung des Reichstages. Sollte der Reichskanzler aber den Artikel 48 gemeint haben, so erheben wir noch einmal laut unsere warnende Stimme. Der Artikel 48 ist nach seiner Entstehungsgeschichte - und es sind noch genug Mitglieder des

Weimarer Verfassungsausschusses unter uns, die das bezeugen können - kein Instrument zur Rettung einer Regierung die sich verrechnet hat. Der Artikel 48 kann unmöglich zur Durchsetzung von Gesetzen angewendet werden, die der Reichstag nicht genigem will. Eine solche Anwendung des Artikel 48 wäre ein Missbrauch, und das würde heissen, die Verfassung ausser Kraft zu setzen. Da aber wäre ein vabanque-Spiel von dem niemand sagen kann, wo und wie es endet. Dieser Missbrauch wäre umso unverantwortlicher, als die Möglichkeiten einer parlamentarischen Erledigung dieses Gesetzgebungswerkes nicht erschöpft sind. (Aha=Rufe äusserst links und rechts) Ich werde ganz offen darüber reden. Wir Sozialdemokraten haben wahrlich keinen Grund, uns der jetzigen Regierung anzubieten, die Situation ist nicht danach angetan, dass sie uns verlocken könnte, in die Regierung einzutreten, Aber bei dieser ernstesten Lage sind zimperliche Erwägungen der Taktik nicht am Platze. Auf die Gefahr hin, dass meine Aeusserungen falsch gedeutet werden, stelle ich fest, dass die starken Kräfte der grossen Partei, die hier sitzt (auf die Soz.weisend), zur Lösung der Schwierigkeiten nutzbar zu machen noch nicht versucht worden ist. (Aha=Rufe äusserst links und rechts.- Bewegung und Lärm) Der volksparteiliche Führer Dr. Scholz hat erklärt, dass auf die Dauer nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden kann. Reichsminister Dr. Wirth hat oft und oft den staatspolitischen Gewinn gepriesen, die grosse Arbeiterbewegung in die staatspolitischen Kräfte einbezogen zu haben. Soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, bedarf es einer solchen Einbeziehung nicht erst. Die Sozialdemokratie hat das Deutsche Reich aus der tiefsten Not gerettet (Gelächter äusserst links und rechts, stürmischer Beifall und lebhaftes Händeklatschen der Soz. Andauernde Unruhe), sie hat das neue Staatsgefüge aufgebaut auf dem allein das Deutsche Reich noch lebensfähig war. Die Sozialdemokratie ist seitdem die stärkste Stütze dieses Staates gewesen. Wenn die Sozialdemokratie jetzt nicht an der Leitung des Reiches beteiligt ist, so hat das seinen Grund (andauerndes Geschrei der Kommunisten, Abg. Münzenberg erhält zwei Ordnungsrufe, Präsident Löbe kündigt den Kommunisten, die den Redner dauernd niederschreien, Ausweisung aus dem Saale an) in dem tiefen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum. Dieser Gegensatz lässt sich nicht aus der Welt schaffen. (Sehr wahr! rechts) Wenn aber die bürgerlichen Parteien den schwersten wirtschaftlichen und politischen Konflikten vorbeugen, wenn sie die ruhige politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung des deutschen Staates und Wirtschaftslebens sichern wollen, dann werden sie sich entschliessen müssen, der Arbeiterklasse die Konzessionen zu machen, die unserer Zeit entsprechen, und die die Arbeiterklasse beanspruchen muss.

Wenn es sich als unmöglich erweist, dieses Gesetzwerk durchzubringen, so ergibt sich daraus nicht die Anwendung des Artikels 48, sondern in erster Linie der Rücktritt der Regierung. Kommt dann eine neue Regierung nicht zustande oder gelingt auch ihr nicht die Lösung der schwebenden Probleme, dann hat nach der Reichsverfassung das Deutsche Volk das Wort. (Sehr wahr! links) Nun, wohl, wir sind bereit, dem Deutschen Volk unsere Anschauungen und Vorschläge vorzutragen, frei und offen und ohne Bemäntelung. Sind die anderen Parteien dazu auch bereit, so kann das Deutsche Volk seine Entscheidung fällen. Wir werden dieser Volksentscheidung nicht ausweichen, denn wir haben sie nicht zu fürchten. (Lebhafter langanhaltender Beifall und Händeklatschen der Soz.- Andauernde grosse Unruhe).

Abg. Dr. Oberföhr (Dnat.): Die Situation hat sich seit der ersten Lesung nicht geändert. Die Deutschnationale Fraktion steht nach wie vor auf dem Standpunkt ihrer ablehnenden Erklärung von damals. (Zuruf links: Zu wieviel Prozent?)

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) In dieser ernstesten Stunde unterstützen wir die Regierung mit einem freudigen Ja. (Heiterkeit links) Niemand wird den Mut haben,

das Etatdefizit der Regierung zur Last zu legen, das als Folge der furchtbaren Wirtschaftskrise schon den Sturz der Regierung Müller verursacht hat. Grundsätzlich werden die Regierungsvorschläge von der Mehrheit des Hauses gebilligt, auch von der Sozialdemokratie. Wenn keine Mehrheit zustande kommt, so aus politischen und nicht aus sachlichen Gründen. Die Opposition hat den Regierungsparteien Uneinigkeit vorgeworfen und Abg. Hertz (Soz.) hat eine starke Regierung verlangt. Jetzt, wo die Regierung stark ist und eine einige Koalition hinter sich hat, ist die Opposition in der Lage, zu unseren Beschlüssen Stellung zu nehmen. Auf unsere Initiative hin sind Härten bei den neuen Steuern gemildert worden. Die Bürgerabgabe ist zur Sanierung der Gemeindefinanzen nicht ausreichend und muss gestaffelt werden. Das Notopfer ist keine Sondersteuer, denn Opfer werden auch von der Arbeiterschaft und der Landwirtschaft verlangt. Ironische Zurufe links: Wir weden uns gegen jede Verunglimpfung der Beamtenschaft und appellieren zugleich an ihr Verantwortungsbewusstsein. Die Deutschnationalen propagieren wieder einmal die Volksgemeinschaft; glauben sie ihr damit zu dienen, dass sie den Arbeitslosen die Existenzmittel nehmen? Die finanzielle Sanierung und Erhaltung der Arbeitslosenversicherung ist unmöglich, wenn die Sozialdemokratie ihren Willen den anderen Parteien aufzwingen wollen. (Widerspruch links).

Abg. Dr. Neubauer (Komm.): Das Regierungsprogramm ist rein faschistisch und umfasst viel mehr als die heute vorgebrachten Deckungsvorlagen. Die Sozialdemokratie macht der Regierung Liebeserklärungen, um wieder in die Koalition aufgenommen zu werden.

Abg. Dr. Scholz (DVP.) gibt eine Erklärung ab, die trotz starker Bedenken die Zustimmung zu den Regierungsvorschlägen ausspricht. Die Erhöhung der Einkommensteuer, die Methoden, die Einnahmen zu steigern, anstatt die Ausgaben zu senken, werden scharf verurteilt. In den Gemeinden muss das finanzielle Verantwortungsbewusstsein wieder erwachen. Wir stellen mit Befriedigung fest, dass die von uns verlangte Verbesserung der Vorlage zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung vorgenommen werden soll. Die ernsthaften Reformversuche in der Sozialversicherung erkennen wir an. Wir stellen unsere Bedenken gegenüber den Deckungsvorlagen zurück, weil sie befristet sind und vom Reichskanzler als Teil eines von uns gebilligten Gesamtprogramms bezeichnet wurden.

Abg. Mollath (WiP.) gibt eine Erklärung in gleichem Sinne ab. Die Wirtschaftspartei habe ihr seit Jahren verfolgtes Ziel, Ersparnisse durchzusetzen, zum größten Teil erreicht. (Abg. Torgler: Es hat sich bloss noch nicht herumgesprochen! - Allgemeine Heiterkeit)

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) verlangt Ersparnisse in Verwaltung und öffentlichen Betrieben. Nur die Einsparung von 100 Millionen ermöglicht uns die Zustimmung zu den Deckungsvorlagen, gegen die unsere Bedenken fortbestehen. Eine Ergänzung der Regierungsvorschläge durch Sanierung der Gemeindefinanzen ist dringend notwendig.

Abg. Leicht (Bayer. VP.) Die Reichshilfe ist eine verbesserte Form des alten Notopfers. Sie stellt uns aber noch nicht ganz zufrieden, ebensowenig wie die Bürgerabgabe. Trotzdem stimmen wir den Deckungsvorlagen zu.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Chr. nat. AG.) verliest eine Erklärung, die den Regierungsvorschlägen zustimmt, aber weitere Ersparnisse verlangt.

Abg. Döbrich (Chr. nat. Bauernp.) gibt eine Erklärung im gleichen Sinne ab, die besonders noch die unbedingte Annahme der Osthilfe und die Verpflichtung des Reichskanzlers auf sein Versprechen zur Vorlage eines Finanzreformprogramms im Herbst fordert. Die Debatte ist geschlossen. Rufe der Komm. Wo bleiben die Nazis? Gegerrufe: Wir stimmen dafür. In der Abstimmung wird Art. I des Deckungsprogramms bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie gegen Deutschnationale, Kommunisten, Nationalsozialisten angenommen. Ein Antrag des Abg. v. Lindeiner-Wildau, nach dem Einspruch des Reichsrats gegen die Pemeamnestie zu erledigen wird mit den Stimmen der Kommunisten angenommen. Am 19 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 15 Uhr.